

Biproportionale Wahlverfahren für den Schweizer Nationalrat

Modellrechnungen für die Nationalratswahlen 2003

Daniel Bochsler, Universität Genf, Département de science politique
daniel.bochsler@politic.unige.ch

im Auftrag von Prof. Friedrich Pukelsheim, Universität Augsburg

November 2005

Abstract

Die Wahlen in den Schweizer Nationalrat finden gleichzeitig in allen 26 Kantonen der Schweiz statt. Trotzdem kann von 26 getrennten Wahlen in 26 Kantonen gesprochen werden, da die Stimmenverrechnung in jedem Kanton separat erfolgt. Auch wenn in 21 Kantonen die Wahl nach Verhältniswahlrecht durchgeführt wird, sind die meisten Wahlkreise so klein, dass die Resultate (vgl. Taagepera/Shugart 1989) stark verzerrt sind. Gemäss Bundesgericht sind 19 von 26 Wahlkreisen (mit jeweils unter zehn Mandaten) zu klein für Verhältniswahlen. Zwar ist das nationale Wahlrecht durch die bundesgerichtliche Rechtsprechung juristisch nicht betroffen, doch politisch ist der Entscheid relevant. Als Ausweg bieten sich biproportionale Wahlverfahren, wie es im Kanton Zürich eingeführt wird. Die Wahlkreise werden beibehalten, trotzdem kann auf nationaler Ebene die Proportionalität hergestellt werden (Pukelsheim/Schuhmacher 2004). In dieser Untersuchung werden Modellrechnungen für die Nationalratswahlen nach diesem Wahlrecht durchgeführt; in Untervarianten werden wahlkreisgebundene 3- oder 5%-Hürden angenommen und strategische Stimmeneffekte berücksichtigt.

1 Einleitung¹

Gemeinhin gelten die Wahlen in den Schweizer Nationalrat als proportional. Mit Ausnahme der Kleinkantone, die in der ersten Parlamentskammer nur jeweils ein Mitglied stellen, werden denn auch Proporzwahl-Formeln für die Sitzermittlung verwertet. Seit langem hat die Forschung jedoch davon Abstand genommen, die Wahlverfahren lediglich zwischen Verhältniswahl und Mehrheitswahl zu unterscheiden (vgl. Duverger 1951). Führende Wahlsystem-Forscher nennen die Wahlkreisgrösse als entscheidendes Merkmal von Wahlsystemen (Taagepera/Shugart 1989 112ff.). Mit anderen Worten: Selbst wenn eine Wahl nach Verhältniswahlrecht durchgeführt wird – wenn die Wahlkreise allzu klein werden, ist eine proportionale Sitzverteilung nicht mehr garantiert. Das Wahlsystem hat mehrheitsbeschaffenden Charakter. Dieser Argumentation ist auch das Schweizerische Bundesgericht gefolgt, indem es in mehreren Urteilen festgehalten hat, kleine respektive sehr unterschiedlich grosse Wahlkreise verletzen den Grundsatz der Proportionalität und der Erfolgswertgleichheit der Stimmen. Der Anteil gewichtsloser Stimmen, so das Gericht, sei zu minimieren (u.a. BGE 107 Ia 223; BGE 129 I 185ff.).

Keine juristische, aber politische Bedeutung haben diese Entscheide für das Verhältniswahlverfahren des Schweizerischen Nationalrats. Nur wenige Kantone verfügen über derart kleine Wahlkreise wie der Bund, und in keinem Kanton ist die Grösse der Wahlkreise heterogener (Bochsler et al. 2005: 34).² Eine derartige Heterogenität, argumentiert Nohlen (2004: 89), bringt Vorteile für ländliche Parteien, die in den kleinen Kantonen stark sind. Sie erhalten damit auf dem Land eine überproportional starke Vertretung, sind aber in der Stadt dank grösseren Wahlkreisen umgekehrt nicht benachteiligt (s. auch O'Doherty 1998: 329). Sowohl die Wahlsystem-Forschung als auch die Rechtsprechung ritzen also am proportionalen Charakter der Schweizer Nationalratswahlen. Alternativen zur sehr heterogenen Wahlkreiseinteilung der Nationalratswahlkreise, namentlich durch Zusammenlegung kleiner Kantone in gemeinsamen Wahlkreisen oder Aufteilung der

¹ Ich danke Madeleine Schneider und Yvan Rielle für das Zurverfügungstellen der Daten sowie Alex Fischer, Friedrich Pukelsheim und Christian Schuhmacher für kritische Anmerkungen.

² Einzig die Kantone und Basel-Stadt und Schaffhausen verfügen mit 1 bis 38 resp. 1 bis 46 Mandaten pro Wahlkreis über eine ähnliche Spannweite, doch in beiden gibt es jeweils nur einen solchen Einerwahlkreis, die anderen Wahlkreise sind weniger heterogen in der Grösse.

grossen Kantone in zwei Wahlkreise, wurden zwar geprüft (Linder/Hirter 1994). Doch solche Überlegungen erscheinen aufgrund der Bedeutung der Schweizer Kantone so lange als unplausibel, als keine allgemeine Gebietsreform die Kantoneinteilung revidieren würde.

Mit dem Wechsel des Wahlsystems im Kanton Zürich hat jedoch die Wahlsystem-Debatte in der Schweiz einen neuen Impuls erhalten: Die biproportionale Zuteilungsmethode, die künftig ebenso für die Züricher Kantons- wie Gemeinderatswahlen angewandt wird, erlaubt die Beibehaltung der bestehenden Wahlkreise und trotzdem eine Sitzverteilung nach kantonalen Stimmenanteilen. Dies bringt nicht nur eine proportionale Sitzverteilung auf Ebene des Gesamtkantons, sondern dürfte indirekt auch zu einer Belebung des Parteienwettbewerbs in kleinen Wahlkreisen führen. Der „strategisch-psychologische“ Effekt, der Wählerinnen und Wähler von der Wahl chancenloser kleiner Parteien abhält (Duverger 1951; Sartori 1968), fällt zu einem gewissen Grad weg.³

Grundsätzlich liesse sich das Zürcher Wahlsystem auch auf die Bundesebene übertragen und für die Nationalratswahlen anwenden. Allerdings erscheint es denkbar, dass es aufgrund der etlichen sehr kleinen Wahlkreisen auf Bundesebene zu etwas grösseren Sitzrochaden innerhalb der Kantone kommt. Die neu auf nationaler Ebene erfolgende Sitzverteilung führt dazu, dass auch vereinzelt Sitze innerhalb der Kantone gegenüber dem Status-Quo wechseln. Die Nutzniesser können mitunter Parteien sein, die im betreffenden Kanton schwächer sind als die bisherige Mandatsbesitzerin. Da die kleinen Wahlkreise bei den Nationalratswahlen bereits anhin zu grösseren Verzerrungen bei der Sitzverteilung führen, ist davon auszugehen, dass ein biproportionales Verfahren dort auch eher bedeutendere Sitzwechsel zur Folge hätte. Um derartige Folgen abzuschätzen soll in dieser Studie eine Modellrechnung mit der biproportionalen Zuteilungsmethode durchgeführt werden.

Die Berechnung erfolgt aufgrund der Stimmen, die bei den Nationalratswahlen 2003 abgegeben worden sind. Dabei werden auch verschiedene kantonale Sperrklauseln von 3% und 5% betrachtet (die jeweils nur in einem Wahlkreis übertroffen werden müssen). Um allfällige Stimmenverschiebungen aufgrund des reduzierten „strategisch-psychologischen“ Effekts abzuschätzen, werden die Stimmenanteile ferner mit den Resultaten aus den neuesten kantonalen Parlamentswahlen verglichen.

In einem ersten Teil dieser Betrachtung werden einerseits die grundlegenden Theorien aus der Wahlsystemforschung erläutert und andererseits werden die Unterschiede zwischen dem bestehenden nationalen Wahlsystem und der hypothetisch erprobten biproportionalen Methode aufgezeigt. Anschliessend werden in einer Modellrechnung die Ergebnisse aus den Nationalratswahlen 2003 aufgrund der biproportionalen Verteilungsmethode berechnet. Die Resultate werden jeweils auf neu auftretende gegenläufige Sitzverschiebungen⁴ aufgrund der geänderten Verteilungsmethode analysiert. In einem weiteren Schritt werden mögliche

³ Wählerinnen und Wähler in kleinen Wahlkreisen mit Präferenzen für eine kleine (im Wahlkreis chancenlose) Partei konnten bis anhin dieser die Stimme nicht geben, ohne zu riskieren, dass die Stimme verloren geht. Bei kantonalen Stimmenverrechnung kommt die Stimme der kleinen Partei sicher zu Gute, sofern sie eine allfällig vorhandene Wahlhürde überspringt, womit der strategisch-psychologische Effekt nicht mehr spielt. Allerdings mag es Wählerinnen und Wähler geben, denen es ein Anliegen ist, durch eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten aus dem eigenen Wahlkreis vertreten zu sein. Ist ihnen dies wichtiger als die Wahl ihrer meist-präferierten Partei, dann müssen sie strategisch für eine grosse Partei stimmen.

⁴ Darunter fassen wir zwei lokale Systemverzerrungen zusammen: a) Eine Liste erzielt in einem bestimmten Kanton mehr Sitze als eine andere Liste, die mehr Stimmen hält. b) Eine Kantonalsektion der gleichen Partei erhält mehr Sitze als eine andere Kantonalsektion, die mehr Stimmen erzielt hat. In beiden Fällen bestehen diese Systemverzerrungen nur auf lokaler Ebene, auf nationaler Ebene sind die Sitze jeweils proportional verteilt.

Stimmenverschiebungen aufgrund des reduzierten strategisch-psychologischen Effekts abgeschätzt und die resultierende Sitzverteilung berechnet und gewertet. In den Schlussbemerkungen wird Bilanz gezogen.

2 Die Innovationen der biproportionalen Zuteilungsmethode und deren Folgen für das Parteiensystem

Drei Aspekte der Wahlsystem-Forschung sind von besonderer Bedeutung, um die Auswirkung einer Wahlsystemänderung (bei Beibehaltung von Verhältniswahl) zu betrachten: Zunächst werden in diesem Abschnitt die angewandten Wahlformeln betrachtet, anschliessend sollen Wahlsystemhürden erläutert werden, dann wird der psychologisch-strategische Effekt, der von Wahlsystemen ausgeübt wird, unter die Lupe genommen. Anschliessend wird auf das bestehende Wahlsystem für den Nationalrat fokussiert und der Unterschied zur biproportionalen Methode erläutert.

Proportionale Wahlformeln

Währenddem das heutige Wahlgesetz für den Schweizer Nationalrat mit der D'Hondtschen Proportionalitätsformel operiert, verwendet die Neue Zürcher Zuteilungsmethode die in der internationalen Forschung meist nach Sainte-Laguë benannte Standardrundungs-Formel. Die Sitzverteilung erfolgt nach einem ähnlichen Prinzip: Bei beiden Methoden werden die erzielten Stimmen für jede Partei durch eine zu bestimmende Verteilungszahl geteilt, der resultierende Quotient dient zur Ermittlung der Sitzzahl. Bei der D'Hondt-Methode wird der Quotient auf eine ganze Zahl abgerundet, bei der Sainte-Laguë-Methode dagegen standardmässig gerundet (d.h. Restwerte über 0,5 werden aufgerundet, unter 0,5 abgerundet). Die Verteilungszahl wird so bestimmt, dass im Endeffekt genau die richtige Anzahl Sitze verteilt wird.⁵

Währenddem die Sainte-Laguë-Methode (mit Standardrundung) durchschnittlich genau proportionale Sitzverteilungen ergibt, bringt die D'Hondt-Methode (mit Abrundung) Vorteile für grössere Parteien (Balinski/Young 2001: 101; Pennisi 1998). Ein bedeutender Unterschied ergibt sich namentlich bei der Schwelle zum Gewinn des ersten Parlamentssitzes: Bei der Sainte-Laguë-Methode muss dafür lediglich die Hälfte der Verteilungszahl übertroffen werden; bei der D'Hondt-Methode muss dagegen die ganze Verteilungszahl (allerdings etwas tiefer als bei Sainte-Laguë) erreicht werden.⁶

Wahlsystemhürden

Proportionale Wahlsysteme werden in der Regel dahingehend beschrieben, dass sie dem Ideal der Repräsentativität nahe kommen. Alle politischen Gruppierungen werden gemäss ihrer Wählerstärke im gewählten Gremium repräsentiert. Doch in perfekter Form kann dieses Ideal nicht erreicht werden – bereits die beschränkte Grösse des Gremiums (was ein Auswahlverfahren erst nötig macht) setzt der Proportionalität Grenzen. Bei proportionaler Verteilung von N Sitzen, ohne Unterteilung in Wahlkreise oder andere Einschränkungen, sind Sitze nur für Parteien garantiert, welche einen Stimmenanteil von $1 / (N+1)$ übertreffen (Lijphart

⁵ Vgl. Balinski/Young (2001). Oft werden auch andere Rechenverfahren beschrieben, die indes alle zum gleichen Resultat führen.

⁶ Die Lehrmeinung der Politikwissenschaft (z.B. Lijphart 1994) geht davon aus, dass die Verzerrungen durch das D'Hondt-Verfahren zu gering sind, als dass sie in empirischen Vergleichsstudien messbar wären. Allerdings zeigen Modellrechnungen, dass insbesondere in kleinen Wahlkreisen durchaus feststellbare Unterschiede zu proportionaleren Wahlverfahren (Sainte-Laguë respektive Hare/Niemayer) bestehen (Bochsler 2003: 93; O'Doherty 1998).

1994: 26). Werden die Sitze in Wahlkreisen vergeben, lässt sich diese Formel analog auf diese übertragen: Zählt der Wahlkreis N Sitze, so können nur Parteien, die einen höheren Stimmenanteilanteil als $1 / (N+1)$ erzielen, sicher einen Sitz gewinnen. Beispielsweise genügt bei allen gebräuchlichen Wahlformeln in einem 3er-Wahlkreis ein Wähleranteil von knapp über 25%, um sicher einen Sitz zu gewinnen. Parteien mit weniger als 25% der Stimmen gewinnen nur von Fall zu Fall Sitze – je nach der Verteilung der übrigen Stimmen auf die übrigen Parteien (Taagepera/Shugart 1989: 273ff.). Diese – durch die Wahlkreisgrösse gegebene Grösse, wird die *natürliche Wahlhürde* genannt.

Andere Wahlgesetze setzen *gesetzliche Wahlhürden*, die höher liegen als die natürlichen. Manche Gesetze schreiben (auf regionaler – oder öfter auf nationaler Ebene) einen Mindestanteil von Stimmen vor (Sperrklausel), die eine Partei erreichen muss, um an der Sitzverteilung beteiligt zu werden. Einige Länder kennen *differenzierte Sperrklauseln*, die für Parteienbündnisse die Hürden erhöhen oder die für einzelne Parteien (in der Regel diejenige ethnischer Minderheiten) keine gesetzlichen Wahlhürden vorsehen (Cesid 2002).

Duverger (1951) nennt die konzentrierenden Effekte, welche durch solche Wahlsystemhürden direkt ausgeübt werden, den „mechanischen Effekt“ der Wahlsysteme.

Strategisch-psychologischer Effekt

Nebst dem mechanischen kommt ein zweiter Effekt zum Tragen, der von Duverger (1951: 256) „psychologischer“ Effekt genannt wird. Dieser oft unterschätzte Effekt – ich nenne ihn „strategisch-psychologisch“ – kommt zum Tragen, wenn Wählerinnen und Wähler sowie politische Unternehmer (Partei-Eliten) die Wirkungen des Wahlsystems antizipieren um ihr politisches Gewicht möglichst effektiv einzusetzen. Das heisst: Wenn eine rationale Wählerin weiss, dass ihre meist-präferierte Partei keine Chancen auf einen Mandatsgewinn hat, stimmt sie strategisch. Sie gibt ihre Stimme einer anderen Partei, die für sie immer noch einen gewissen Nutzen bringt, aber die zugleich auch Chancen hat, Sitze zu gewinnen (vgl. Downs 1968). Parteileader andererseits werden vor allem dann Listen aufstellen, wenn sie davon ausgehen können, dass sie chancenreich sind. Wählerschaft und Parteieliten können⁷ ein Wahlsystem also teilweise antizipieren. Es werden in konsolidierten Demokratien meist nur wenige Stimmen an Parteien abgegeben, die infolge der geltenden Wahlinstitutionen keine Chancen haben (vgl. Blais/Nadeau 1996; Blais/Turgeon 2004).⁸ Gemeinsam führen der mechanische und der strategisch-psychologische Effekt der Wahlsysteme dazu, dass neue Parteien kaum Wahlchancen haben. Um die vom Wahlsystem gesetzten Hürden zu überspringen, müssen sie erst eine teilweise hohe Anzahl Anhängerinnen und Anhänger gewinnen; diese lassen sich aber von der Wahl abschrecken, so lange sie nicht vom Erfolg ihrer Partei überzeugt sind (Duverger 1951).

Wahlsystem-Änderungen und Parteiensystem-Änderungen

Durch Änderungen an Wahlsystemen eröffnen sich Chancen für neue Parteien – oder andere Parteien verschwinden infolge institutioneller Modifikationen von der Bildfläche (Lijphart 1994: 83). Effizient, aber selten genutzt, ist das Instrument der Modellrechnung, um die Auswirkungen von Wahlsystem-Änderungen abzu-

⁷ Unter bestimmten Bedingungen, vgl. Cox (1997: 79).

⁸ Strategisch stimmende Wählerinnen und Wähler sowie strategisch handelnde Parteieliten sind gemäss dieser Ausführungen also bestrebt, dass ihre Stimme respektive ihre Investitionen nicht verloren gehen, indem sie an eine Partei oder Kandidatur gehen, welche die Wahlhürde nicht schafft. Daneben gibt es eine andere Art strategischen Wählens: Durch Ausnützen von Schwächen am Wahlsystem (typisches Beispiel wären Überhangsmandate in den Wahlen zum deutschen Bundestag) können Wähler versuchen, eine mehrfache Stimmkraft zu erzielen respektive Parteieliten können bestrebt sein, durch Ausnützen solcher Schwächen mehr Sitze zu erzielen als ihnen gemäss Verhältniswahlrecht zustehen würden.

schätzen. In der Schweiz wurden solche Modellrechnungen angestellt, um beispielsweise die Auswirkungen von Änderungen an kantonalen Wahlgesetzen abzuschätzen (Lutz 2002a, 2002b) oder um neue Wahlkreiseinteilungen für die Nationalratswahlen zu studieren (Linder/Hirter 1994).

Solche Modellrechnungen sind dafür geeignet, den mechanischen Effekt von Wahlsystemen zu analysieren (vgl. Linder/Hirter 1994). Der strategisch-psychologische Effekt kann jedoch nur betrachtet werden, wenn nebst den effektiven Wahlergebnissen auch die eigentlichen Parteipräferenzen der Wählerinnen und Wähler bekannt sind. Dies kann entweder der Fall sein, weil Wahlen nach alternativen Wahlsystemen durchgeführt werden, oder wenn Umfrageresultate vorliegen. Letzteres wird jedoch dadurch erschwert, dass solche Umfragedaten in manchen Fällen zu wenig präzise sein dürften, um das genaue Potenzial auch von Kleinparteien einzuschätzen.

Das Wahlsystem der Schweizer Nationalratswahlen

In dieser Analyse werden die Auswirkungen einer Einführung eines biproportionalen Wahlverfahrens für die Nationalratswahlen in der Schweiz geschätzt. Heute finden die Nationalratswahlen in fast allen Kantonen nach Verhältniswahlrecht statt. Das Wahlrecht kann jedoch als nur beschränkt als proportional bezeichnet werden. Die Wahlkreise der Nationalratswahlen gelten mit ihren durchschnittlich 7,7 Mandaten (200 Mandate geteilt durch 26 Kantone) als mittelgross. Durchschnittlich muss eine Partei damit 11,5 Wählerprozente erzielen um die Wahlhürde zu überspringen. Dies ist ein recht hoher Wert; typischerweise betragen nationale Sperrklauseln für Parteien im Wahlgesetz etwa fünf Prozent. Das Schweizer Wahlverfahren ist damit alles andere als perfekt proportional.

Neben der durchschnittlichen Wahlkreisgrösse sticht die extreme Heterogenität der Schweizer Wahlkreise hervor. Während der Kanton Zürich 34 Nationalratssitze zählt und damit Parteien mit knapp 3 Prozent Stimmenanteil bereits ein Mandat gewinnen, sind in den Kantonen Jura oder Schaffhausen (2 Sitze) nicht weniger als 33 Prozent der Stimmen für einen Sitzgewinn notwendig. In den Kleinkantonen, die Einerwahlkreise bilden, braucht es gar eine (relative) Stimmenmehrheit.

Das führt zu Ungleichheiten zwischen den einzelnen Kantonen. Währenddem Wählerinnen und Wähler in den etwas grösseren Kantonen wie Zürich, Bern oder Waadt durchaus für Kleinparteien stimmen können, müssen sie in kleinen Kantonen hingegen dann damit rechnen, dass ihre Stimme verloren geht, weil Kleinparteien dort meist scheitern – ausser sie schaffen es lokal auf extrem hohe Stimmenanteile.

Allgemein wirkt dieses System einerseits als Hürde gegen diejenigen Kleinparteien, die vor allem in kleineren Kantonen vertreten sind. Etliche Kleinparteien werden zwar nicht aus dem Parlament ausgeschlossen, aber sie sind im Parlament untervertreten, weil sie nur in den Kantonen, die grosse Wahlkreise bilden, Wahlchancen haben.

Von einem national einheitlichen Wahlsystem kann keine Rede sein: Kleinparteien mit Hochburgen in den grossen Kantonen erzielen eine nationale Vertretung (z.B. PdA in VD und GE, EDU in ZH und BE); Kleinparteien, die in kleineren Kantonen vertreten sind (z.B. DSP in BS) haben jedoch kaum Chancen, im nationalen Parlament vertreten zu sein.

Was landläufig „Proporzglück“ und „Proporzpech“ genannt wird, sind Verzerrungen zwischen Stimmenanteil und Sitzanteil, die entstehen, weil die Anzahl errungener Mandate kantonal ermittelt wird, und Parteien,

welche in mehreren Kantonen nur knapp Mandate erringen, im Nationalrat über ihrer eigentlichen Wählerstärke vertreten sind.

Das von Kanton zu Kanton unterschiedliche Wahlsystem hat nicht nur Verzerrungen in der Sitzverteilung zur Folge; vielmehr führt es auch zu einem eingeschränkten Parteienwettbewerb in den kleineren Kantonen. Während in den Kantonen Bern und Zürich acht respektive sieben Parteien Nationalratssitze halten, kann in anderen Regionen nicht von einer Konkurrenz gesprochen werden. Im Majorzkanton Nidwalden führt dies beispielsweise dazu, dass neben dem FDP-Kandidaten lediglich die kleinen SD einen Kandidaten portierte und mit 10 Prozent der Stimmen ein nationales Spitzenergebnis erzielte; notabene eine Partei, welche in diesem Kanton sonst gar nicht präsent ist und bei den kantonalen Wahlen gar nie antrat, aber von der Gelegenheit der ansonsten konkurrenzlosen Wahl profitierte. Weniger extrem sind Beispiele aus etwas grösseren Kantonen. Doch von einem eingeschränkten Wettbewerb zeugt etwa auch die Tatsache, dass die in Basel-Stadt (5 Nationalratssitze) keineswegs unbedeutende DSP, die bei den letzten kantonalen Wahlen immerhin 6% der Stimmen erzielte, bei den Nationalratswahlen gar nicht erst antrat.

Das biproportionale Wahlsystem

Das in diesem Bericht geprüfte biproportionale Wahlsystem behält die Wahlkreiseinteilung entlang der Kantons Grenzen bei. Im Unterschied zum bisherigen Wahlsystem erlaubt es jedoch gleichzeitig, die Sitze nach nationalem Proporz auf die Parteien zu verteilen. Indem jede Partei ihre Mandate aufgrund des nationalen Stimmenanteils erhält, werden einerseits Verzerrungen im Wahlsystem aufgehoben; andererseits dürfte sich die nationale Stimmenverrechnung gerade für Kleinparteien, die in manchen Kantonen die Wahlhürde nicht überspringen, positiv auswirken.

Die biproportionale Methode ist für die Schweiz kein Novum: Der Kanton Zürich wählt künftig sein Parlament nach einem solchen Verfahren. Dazu werden die verschiedenen Wahlkreis-Listen zu kantonsweiten Listengruppen zusammengefasst. Auf die nationale Ebene übertragen hiesse dies: Eine Partei stellt in den Kantonen einzelne Listen auf und fasst diese national zu Listengruppen zusammen. Solche Listengruppen erhalten so viele Sitze, wie ihnen aufgrund des nationalen Stimmenergebnisses zustehen. Trotzdem werden wie im bestehenden Wahlsystem die Sitze innerhalb der Wahlkreise vergeben und die Anzahl Sitze pro Wahlkreis weiterhin aufgrund der Bevölkerungsgrösse bestimmt.⁹

⁹ Die Stimmen einer Listengruppe werden auf nationalem Niveau summiert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass infolge unterschiedlicher Anzahl Sitze pro Wahlkreis die Anzahl Linien auf dem Wahlzettel von Kanton zu Kanton variieren. Deshalb müssen die abgegebenen Stimmen durch die Anzahl zu vergebender Sitze geteilt werden, um eine Wählerzahl pro Partei zu berechnen. Anschliessend werden diese zu einer nationalen Wählerzahl summiert. Dies erfolgt entsprechend der Berechnung der nationalen Parteienstärke (Seitz et al. 2003: 14). Anschliessend wird national die Oberzuteilung für diese Listengruppe berechnet. Jeder Kanton erhält diejenige Anzahl Sitze, die ihm aufgrund seiner Wohnbevölkerung zusteht. Die Verteilung der Sitze auf die kantonalen Listen (Untertzuteilung) erfolgt aufgrund zweier Divisoren. Ausgangspunkt für die Untertzuteilung ist die Parteistimmenzahl der einzelnen Liste. Für jede Listengruppe wird ein Listengruppen-Divisor, für jeden Wahlkreis ein Wahlkreis-Divisor bestimmt; die Parteistimmenzahl wird durch beide jeweiligen Divisoren geteilt und das Ergebnis (Anzahl Sitze, gemäss dem Sainte-Laguë-Proporzverfahren) standardmässig gerundet (Werte über 0,5 werden aufgerundet, unter 0,5 werden abgerundet). Die Divisoren werden in einem iterativen Verfahren so bestimmt, dass sowohl die Listengruppen kantonsweit auf die ihnen zustehende Sitzzahl kommen als auch dass in jedem Wahlkreis genau die richtige (gemäss Bevölkerungszahl zugemessene) Anzahl Sitze vergeben wird. Es gibt genau eine Sitzverteilung, die durch doppelte Division der Parteistimmenzahl berechnet werden kann und welche die Bedingungen erfüllt (Pukelsheim/Schuhmacher 2004: 515). Die Berechnung kann mit einem Programm vorgenommen werden, das auf der Homepage der Universität Augsburg heruntergeladen werden kann [<http://www.uni-augsburg.de/bazi>].

So sehr das neue Wahlsystem dem bisherigen gleichen mag – eine Änderung ist einschneidender Art: Die Wahlen für den Nationalrat – bisher von der Schweizer Politikwissenschaft in weiten Zügen als ein Neben-einander von Wahlkämpfen in den Kantonen gedeutet (Armingeon 1998) – erhalten auf institutioneller Ebene nationalen Charakter. Allerdings nur in sehr beschränktem Ausmass, wie der Vergleich in Tabelle 1 zeigt.

Kriterium	„Altes“ Proporzverfahren	Nationaler Einheitswahlkreis	Biproporcionales Verfahren
Listeneingabe	auf Wahlkreis-Ebene	auf nationaler Ebene	auf Wahlkreis-Ebene, Listen können zu nationalen Listen-gruppen zusammengefasst werden
Stimmabgabe	für Wahlkreis-Liste	für nationale Liste	für Wahlkreis-Liste
Sitzzuordnung	auf Wahlkreis-Ebene	auf nationaler Ebene	auf Wahlkreis-Ebene
Proportionalität	nur auf Wahlkreis-Ebene garantiert, allerdings nur beschränkte Proportionalität infolge kleiner Sitzzahl	auf nationaler Ebene	auf nationaler Ebene sowie auf Wahlkreis-Ebene (korrigiert, um nationale Verzerrungen auszugleichen)
Verzerrungen der Proportionalität	<i>Wahlkreisebene:</i> Infolge kleiner Anzahl Sitze <i>Listenverbindungen:</i> Stimmen-„Transfers“ zwischen verbundenen Parteien (politisch meist nahe stehend) <i>national:</i> Proporzglück und Proporzpech infolge kumulierter Verzerrungen in den Wahlkreisen; systematischer Bias gegen kleinere Parteien, welche nur in den grösseren Kantonen die Wahlhürde schaffen	<i>Regionen:</i> Untervertretung oder Übervertretung einzelner Regionen, weil keine Bindung der Mandate an regionale Kriterien. <i>Listenverbindungen:</i> Stimmen-„Transfers“ zwischen verbundenen Parteien (politisch meist nahe stehend) <i>national:</i> Verzerrung nur, wenn Sperrklausel gegen Kleinparteien eingeführt wird	<i>Wahlkreisebene:</i> Über- oder Untervertretungen einzelner Wahlkreislisten infolge Stimmen-„Transfers“ innerhalb der nationalen Listengruppe (derselben Partei) <i>national:</i> Verzerrung nur, wenn Sperrklausel gegen Kleinparteien eingeführt wird.
Zuordnung der gewählten Kandidaten	gewählt für Wahlkreis-Partei-sektion	gewählt für nationale Partei	gewählt für Wahlkreis-Partei-sektion; diese ist aber in die nationale Listengruppe eingebunden
Wahlkampf	primär auf Wahlkreis-Ebene, da die Stimmabgabe für Wahlkreis-Listen erfolgt; nationale Partei unterstützt Wahlkreis-Listen	primär auf nationaler Ebene; Wahlkreis-Partei-sektionen sind nur dezentrale Filialen einer nationalen Organisation	primär auf Wahlkreis-Ebene, da die Stimmabgabe für Wahlkreis-Listen erfolgt; nationale Listengruppe hat etwas verstärkte Bedeutung, weil der nationale Stimmenanteil stärkere Bedeutung erhält und es somit interessant wird, auch in „aussichtslosen“ Wahlkreisen zu kandidieren
Personalisierung	insbesondere in Einerwahlkreisen können Personen entscheidender sein als Parteien, weil Mehrheitswahl stattfindet	nationale Listenführer erhalten starke Bedeutung im Wahlkampf, Verblassen regionaler Abgeordneter	in Einerwahlkreisen wird die Personalisierung etwas relativiert, weil die Stimme nebst dem gewählten Kandidaten auch seiner nationalen Partei zukommt

Tabelle 1: Beschränkte Nationalisierung durch das biproporionale Wahlverfahren. Der Charakter des biproporionalen Verfahrens entspricht eher dem bisherigen Wahlkreis-Proporz als einem nationalen Einheitswahlkreis; insbesondere bei der Proportionalität werden aber Verzerrungen aufgehoben.

Der Übergang zu einem biproporionalen Zuteilungsverfahren brächte für die meisten Wählerinnen und Wähler nur geringfügige Änderungen an der Listenauswahl und an der Art der Stimmausgabe. Weiterhin haben diese lediglich die Auswahl zwischen den Listen, welche im Wohnkanton antreten – und weiterhin erzielen diese Listen ihre Sitzgewinne in den Kantonen, wo sie den Kandidatinnen und Kandidaten entsprechend der Anzahl erzielter Personenstimmen (listeneigene Stimmen und Panaschierstimmen) zufallen. Auch das biproporionale Wahlsystem mischt also Elemente der Listen-Proporzwahl (Mandatsverteilung nach Listen) als

auch der Personenwahl und ändert nichts daran, dass sich die Sitzverteilung innerhalb der Kantone die Anzahl kantonal erzielter Stimmen in Betracht zieht – was zu einem engeren Bezug der Wählerschaft zu den gewählten Vertretern führt.

Durch ein biproportionale Wahlverfahren dürfte aber der Wettbewerb in allen Kantonen belebt werden. Denn selbst dort, wo im kantonsinternen Rennen ein Mandatsgewinn aussichtslos scheint, mag eine Partei antreten, um Stimmen für die nationale Listen zu sammeln. Insbesondere in Einerwahlkreisen, wo der Ausgang der Wahl oft eindeutig scheint, öffnet sich die Möglichkeit, mit dem Wahlscheid immerhin auf nationaler Ebene einen Beitrag zum Resultat der meist-präferierten Partei beizutragen.

Dies heisst: Im bestehenden Wahlsystem besteht in den einzelnen Wahlkreisen ein starker strategisch-psychologischer Effekt gegen kantonal chancenlose Parteien. Diese erhalten weniger Stimmen respektive stellen meist gar nicht erst Kandidaturen auf, falls solche aussichtslos scheinen. Dieser strategisch-psychologische Wahlsystem-Effekt fällt zwar nicht weg, aber wird reduziert. Die Parteien erhalten Anreize auch dort zu kandidieren, wo Mandatsgewinne kaum möglich sind. Wählerinnen und Wähler mögen ihnen vermehrt ihre Stimme geben, denn auch wenn der Mandatsgewinn im eigenen Kanton unrealistisch erscheint, trägt die Stimme zum nationalen Resultat bei. Durch die Nationalisierung des Wettbewerbs kann von einem Nationalisierungsschub für das Parteiensystem ausgegangen werden: Für bis anhin nur regional präsente Parteien wird es plötzlich interessant, in zusätzlichen Kantonen Listen einzureichen, denn auch kleine Stimmengewinne in schwachen Kantonen können national zu einem besseren Resultat beitragen.

3 Die Modellrechnungen

In dieser Studie wird in einem ersten Schritt eine Modellrechnung durchgeführt, welche die hypothetische Sitzverteilung der Nationalratswahlen 2003 bei einem Wechsel des Wahlsystems hin zur biproportionalen Sitzverteilung („Neues Zürcher Zuteilungsverfahren“) betrachtet. Zunächst berechne ich die Ergebnisse ohne Sperrklausel, dann werden zwei Sperrklauseln (3%, 5%; müssen in mindestens einem Kanton erreicht werden) angenommen. In einem zweiten Schritt wird das Modell leicht verändert, indem auch zu erwartende Stimmenverschiebungen berücksichtigt werden: In Kantonen mit beschränktem Wettbewerb werden Zahlen von kantonalen Wahlen verwendet, um die möglichen Auswirkungen eines Wahlsystem-Wechsels auf das Parteiangebot und die Stimmenverteilungen zu betrachten.

Die berechneten Sitzverteilungen werden anschliessend auf Monotonie und Irregularitäten untersucht.

Das „Null-Modell“ – unveränderte Listen, unveränderte Stimmzahlen

In einem ersten Schritt gehe ich davon aus, dass keine strategische Wähler- oder Parteienreaktion auf das Wahlsystem stattfindet. Das heisst, das Listenangebot und die Wählerpräferenzen werden durch die Änderungen am Wahlsystem nicht beeinflusst. Ich gehe einzig davon aus, dass in den drei Majorzkantonen, in welchen in den Nationalratswahlen 2003 keine echte Parteienkonkurrenz bestand (AI, GL und NW) und in denen die Stimmbeteiligung folglich deutlich unter dem schweizerischen Mittelwert blieb, diese sich auf den Durchschnitt der übrigen Kantone erhöht. Dies, weil die Wählerinnen und Wähler in diesen Kantonen durch die Nationalisierung des Wahlsystems auch bei klarer Ausgangslage im Kanton, wo sie ihr Stimmrecht ausüben, nunmehr mit ihrer Stimme einen Einfluss haben.

	Tot	SVP	SP	FDP	CVP	GPS	EVP	LPS	EDU	SD	PdA	FGA	Sol.	CSP	Leg	Sep																
	200	54	55	47	52	35	36	29	28	15	13	5	3	4	4	3	2	2	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	0		
AG	15	6	6	3	3	2	2	2	2	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AI	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	26	7	8	7	8	4	4	1	1	2	2	2	1	0	0	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	
BL	7	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BS	5	1	1	2	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
FR	7	1	1	2	2	1	1	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0
GE	11	2	2	3	3	1	1	1	1	2	1	0	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
GL	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
GR	5	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
JU	2	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
LU	10	3	3	1	1	2	2	3	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NE	5	1	1	1	2	1	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NV	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
OV	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SG	12	4	4	2	2	2	2	3	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SH	2	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SO	7	2	2	2	2	2	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SZ	4	1	2	1	1	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TG	6	3	3	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TI	8	1	0	2	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
UR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	18	4	4	4	4	3	4	1	0	2	2	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VS	7	1	1	2	2	1	1	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZG	3	1	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZH	34	11	12	8	10	5	5	2	2	3	3	2	1	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0

Tabelle 2: Sitzverteilung im Nationalrat gemäss „Null-Modell“. In den weissen Spalten sind die Mandatszahlen nach der Modellrechnung ausgewiesen, die grau schraffierten Spalten zeigen die reale Sitzverteilung. Mandatswechsel gegenüber dem geltenden Wahlrecht sind umrahmt.

Insgesamt wechseln durch die Änderung am Wahlsystem 14 Mandate (umrahmt in Tabelle 2), davon drei im Kanton Zürich und je zwei in den Kantonen Bern und Waadt. Davon sind 8 Mandatswechsel zwischen Parteien und 6 reine Mandatsabtausche zwischen Kantonalparteien. Von den Wechseln profitieren namentlich kleine Parteien (GPS +2 Mandate; EVP +2; EDU +1; SD +1; Separatisten +1) sowie die CVP (+1). Die Separatisten wären damit neu im Parlament vertreten – sie profitieren von der geringeren Eintrittshürde dank dem Sainte-Laguë-Wahlverfahren. Die meisten Mandatsverluste erleiden nebst der Hauptverliererin SP (-5) zwei weitere grosse Parteien – FDP (-1) und SVP (-1) – sowie erstaunlicherweise die kleine PdA (-1).

Aufgrund des geänderten Wahlverfahrens (namentlich wegen der Einführung des Sainte-Laguë-Zuteilungsverfahrens) sinkt tendenziell die pro Kanton vergebene Sitzzahl an eine Partei, im Gegenzug steigt die Anzahl der im Nationalrat vertretenen Kantonssektionen (neu sind 106 Kantonssektionen statt deren 97 im Nationalrat vertreten).

Die Betrachtung der Stimmenzahlen der von Mandatswechseln betroffenen Parteien zeigt, dass die Änderungen des Wahlsystems innerkantonal oder innerhalb einzelner Parteien nur in geringem Ausmass zu

gegenläufigen Sitzverschiebungen führen.¹⁰ Zwei Kantonalparteien verlieren ihre Vertretung im Parlament; die Schaffhauser FDP (zugunsten der SVP) und die Zuger Grünalternativen (an die FDP). Politisch diesbezüglich relevant ist: Selbst wenn die Zuger Grünalternativen keine nationale Listengruppe mit der Zürcher Alternativen Liste bildeten, würde sich an diesem Resultat nichts ändern. Dieses ist vielmehr eine Folge des Wegfalls der Zuger Listenverbindung zwischen Sozialdemokraten und Grünen. Es könnte nur dann „gerettet“ werden, wenn Listenverbindungen zwischen nationalen Listengruppen oder zwischen kantonalen Listen weiterhin erlaubt blieben (siehe Anhang).

Bürgerliche	122	123
Linke:	67	70
EVP	5	3
Rechtsausen	6	4

3.1.1 Das „Modell 3%“ und „Modell 5%“ – Einführung einer regionalisierten 3%/5%-Hürde

Um einer Zersplitterung der Parteienlandschaft durch das äusserst proportionale Wahlverfahren entgegenzuwirken, setzt der Kanton Zürich im neuen Wahlgesetz eine Prozenzhürde. Damit eine Liste zur Mandatsverteilung zugelassen wird, muss sie in mindestens einem Wahlkreis 5% der Stimmen erzielen. Eine solche Hürde ist nicht direkt Bestandteil des biproportionalen Zuteilungsverfahrens; doch sie wäre auch auf Bundesebene denkbar; hier speziell betrachtet werden sollen namentlich Hürden von 3% und 5%, also in einem Bereich wie sie in europäischen Wahlsystemen oft angewandt werden (Nohlen 2004: 103).¹¹

Infolge der kantonal recht heterogenen Stimmenverteilungen auf die Parteien verzeichnen selbst auf Bundesebene kleine Parteien über Hochburgen in einzelnen Kantonen und die Einführung einer regionalisierten Sperrhürde hätte daher nur geringe Wirkung, siehe Tabelle 3.

¹⁰ In denjenigen Kantonen, wo Mandatswechsel stattfinden, wird für die im Nationalrat vertretenen Parteien überprüft, ob Monotonie zwischen Stimmenzahlen und Mandatszahlen der Parteien besteht. In Schaffhausen verliert die FDP (29,1%) ihr Mandat an die leicht stimmenschwächere SVP (28,5%). In der Waadt erzielt die EDU (1,8%) ein Mandat, währenddem die SolidaritéS (2,6%) – gleich wie in der realen Sitzverteilung – leer ausgeht. Und es erzielen im Kanton Genf die Grünen (11,2%) zwei Mandate, obschon Liberale und CVP (16,8% resp. 11,8%; je ein Mandat) beide stärker wären.

Um die Sitzverteilung innerhalb der gleichen Partei, aber zwischen mehreren Kantonen zu vergleichen, muss ich die Stimmenzahlen zunächst in Wählerinnen- und Wählerzahlen umrechnen. Dies erreiche ich, indem ich die Stimmenzahlen durch die Anzahl zu vergebende Sitze im Kanton (respektive durch die identische Anzahl Stimmen pro Wahlzettel) dividiere.

Die SVP Genf erhält mit 18'053 Wählerinnen und Wählern zwei Mandate, währenddem die Schwyzer SVP mit 18'105 Wählerinnen und Wählern nur eines erzielt. Die Genfer Grünen erhalten mit 11'069 Wählerinnen und Wählern zwei Mandate, währenddem die Luzerner Schwesterpartei mit 11'508 Wählerinnen und Wählern nur ein Mandat erhält. Die Schaffhauser FDP erhält trotz 8'461 Wählerinnen und Wählern kein Mandat (im Kanton Schaffhausen war die Stimmbeteiligung sehr hoch) – in Uri reichen hingegen 3'964 Wählerinnen und Wähler für den Mandatsgewinn (was darauf zurückzuführen ist, dass Uri als kleiner Kanton trotz kleiner Bevölkerungszahl einen garantierten Nationalratssitz hat) und in Basel-Stadt reichen der FDP bereits 5'595 Wählerinnen und Wähler für ein Mandat. Die CVP erzielt in Appenzell Innerrhoden mit 3211 Stimmen den Sitz (garantierter Sitz für Kleinkanton), geht in Basel-Stadt mit 3722 Wählerinnen und Wählern aber leer aus.

¹¹ In der Regel werden solche Sperrklauseln allerdings auf nationaler Ebene angewandt; das heisst, dass eine Partei auf nationaler Ebene einen bestimmten Stimmenanteil erzielen muss, um zur Mandatsverteilung zugelassen zu werden. Die vom Zürcher Wahlgesetz vorgesehene regionalisierte Sperrhürde ist daher eine Ausnahme – und in einem regionalisierten Parteiensystem wesentlich leichter zu überspringen.

Partei	nationale Parteienstärke (BfS)	maximaler kantonaler Stimmenanteil
SVP	26,65%	43,65% (SZ)
SPS	23,32%	67,12% (GL) 40,92% (BS)
FDP	17,33%	88,52% (NW) 29,79% (TI)
CVP	14,37%	69,16% (AI) 47,85% (VS)
GPS	7,43%	30,61% (UR) 13,83% (NE)
EVP	2,27%	5,23% (AG)
LPS	2,19%	16,81% (GE)
EDU	1,26%	4,11% (BE)
SD	0,96%	10,23% (NW) 2,95% (TG)
PdA	0,70%	6,72% (VD)
FGA	0,53%	13,60% (ZG)
Sol.	0,51%	5,43% (GE)
CSP	0,36%	10,44% (FR)
Lega	0,35%	7,97% (TI)
Sep	0,27%	1,95% (BE)
FPS	0,19%	1,05% (BE)
Übrige	1,56%	32,88% (GL)

Tabelle 3: Nationale Parteienstärke in den Nationalratswahlen 2003 (Quelle: Bundesamt für Statistik) sowie kantonale Hochburgen. Für diejenigen Parteien, die in Majorzkantonen mit stark verzerrtem Parteienwettbewerb ihre Hochburgen haben, wurde ausserdem der höchste erzielte Stimmenanteil in einem Proporzkanton ausgewiesen.

Wie die Auswertung der kantonalen Hochburgen zeigt, würden bei unveränderten Stimmenanteilen die FPS sowie die Separatisten an einer **3-Prozent-Hürde** scheitern. Allerdings verfügt diese Partei national ohnehin nicht über die nötigen Stimmen für einen Mandatsgewinn. Eine 3-Prozent-Hürde würde allerdings daneben auch die SD gefährden: Die Kleinpartei überspringt die 3-Prozent-Marke einzig im Kanton Nidwalden, was allerdings auf den verzerrten Parteienwettbewerb im Einerwahlkreis zurückzuführen ist.¹²

An einer **5-Prozent-Hürde** würde daneben die EDU scheitern: Ihr maximaler kantonaler Wähleranteil beträgt derzeit 4,11 Prozent im Kanton Bern.¹³ Spürbare Auswirkungen auf die Kleinparteien hätten erst Hürden in der Grössenordnung von **6 oder 7 Prozent**, die namentlich den Weiterbestand von SolidaritéS, der EVP und der PdA auf nationaler Ebene gefährden würden.

Technisch gibt es durchaus Möglichkeiten, Wahlhürden zu setzen, welche eine einschneidendere Wirkung auf das Schweizer Parteiensystem hätten. Insbesondere könnte die Erfordernis formuliert werden, dass eine Partei die Wahlhürde in mehreren Kantonen oder gar auf nationaler Ebene überspringt. Allerdings dürfte eine solche Massnahme angesichts der Vielsprachigkeit der Schweiz politisch besonders umstritten sein,

¹² Die SD sowie „Vereinzelte“ waren die einzige Alternative zur Wahl des FDP-Kandidaten. Es ist also davon auszugehen, dass durch die Nationalisierung der Parlamentswahlen auch die Listenauswahl in Nidwalden vervielfacht wird – was wiederum die SD ihre kantonale Hochburg kosten dürfte. Allerdings verfehlen die SD im Kanton Thurgau die 3-Prozent-Hürde nur haarscharf und das geänderte Wahlsystem dürfte dieser Liste zusätzlich Aufwind geben.

¹³ Durch die Nationalisierung der Wahlen würde die Wahl der Kleinpartei auch in Kantonen attraktiv, in denen die Partei heute nicht zu den Nationalratswahlen antritt oder nur schlechte Resultate erzielt, nicht zuletzt, weil sie durch die beschränkte Wahlkreisgrösse ohnehin keine Chancen zum Sitzgewinn hat. Allerdings zeigen auch die Resultate aus kantonalen Wahlen, dass die EDU ausserhalb des Kantons Bern nur in wenigen Bezirken und nur äusserst knapp die 5-Prozent-Hürde übertrifft. Sie scheint heute in keinem Kanton das Potenzial aufzuweisen, diese Hürde zu überspringen. Sie müsste dazu vielmehr ihre Wählerbasis ausbauen oder ihre Aktivität in Kantone mit grossem Wählerpotenzial, aber heute restriktiven Wahlsystemen, ausdehnen, wo sie heute bei Wahlen nicht antritt.

denn sie trifft vor allem Parteien der sprachlichen Minderheiten, die in nur einem oder zwei Kantonen (italienischsprachige Parteien) oder in wenigen Kantonen (französischsprachige Parteien) überhaupt ein grösseres Wählerpotenzial haben.¹⁴ Deshalb werden solche Regelungen in multi-ethnischen Staaten von der OSZE (2001: 22) als problematisch betrachtet. Manche Länder, deren Wahlgesetz nationale Sperrklauseln kennt, sehen deshalb Ausnahmeregelungen für Parteien ethnischer Minderheiten vor. Damit öffnet sich für die Schweiz ein ganzes Spektrum an denkbaren institutionellen Regelungen. Diese sind jedoch nicht durch das Wahlsystem bedingt, sondern aufgrund politischer Abwägungen zu setzen.

In den folgenden Abschnitten fokussiere ich auf Sperrklauseln, die jeweils nur in einem einzelnen Kanton übersprungen werden müssen. Ich habe die Wahlergebnisse mit der biproportionalen Zuteilungsmethode für folgende beiden Szenarien gerechnet:

- Eine regionalisierte 3-Prozent-Hürde wird eingeführt; die Separatisten sowie die SD überwinden (infolge Wegfalls des guten, wahlsystembedingten Nidwaldner Resultates) diese Hürde nicht.
- Eine regionalisierte 5-Prozent-Hürde wird eingeführt; EDU und SD scheitern an der Hürde.

	Tot	SVP	SP	FDP	CVP	GPS	EVP	LPS	EDU	PdA	FGA	Sol.	CSP	Legu													
	200	55	55	48	52	36	36	29	28	15	13	5	3	4	4	3	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	
AG	15	6	6	3	3	2	2	2	2	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AI	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	26	8	8	7	8	4	4	1	1	2	2	2	1	0	0	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BL	7	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BS	5	1	1	2	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
FR	7	1	1	2	2	1	1	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
GE	11	2	2	3	3	1	1	1	1	2	1	0	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0
GL	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
GR	5	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
JU	2	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
LU	10	3	3	1	1	2	2	3	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NE	5	1	1	1	2	1	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NM	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
OV	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SG	12	4	4	2	2	2	2	3	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SH	2	1	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SO	7	2	2	2	2	2	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SZ	4	1	2	1	1	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TG	6	3	3	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TI	8	1	0	2	2	2	3	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
UR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	18	4	4	4	4	4	4	1	0	2	2	0	0	2	2	0	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0
VS	7	1	1	2	2	1	1	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZG	3	1	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZH	34	11	12	9	10	5	5	2	2	3	3	2	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0

Tabelle 4: Sitzverteilung im Nationalrat gemäss „Modell 3%“. In den weissen Spalten sind die Mandatszahlen nach der Modellrechnung ausgewiesen, die grauen Spalten zeigen die reale Sitzverteilung (ohne Parteien, die infolge Sperrklausel nicht mehr vertreten wären).

¹⁴ Währenddem mehrheitlich französischsprachige (Liberales, PdA, SolidaritéS) und italienischsprachige Parteien zum Zeitpunkt der Untersuchung tatsächlich existieren, ist bei solchen grundlegenden institutionellen Änderungen auch der Blick auf potenziell mögliche Parteigründungen relevant. Namentlich könnten Mindesthürden der rätoromanischen Sprachminderheit die Möglichkeit nehmen, mit eigenen Gruppierungen auf nationaler Ebene präsent zu sein.

Durch das Ausscheiden der SD und der Separatisten gewinnt die SVP ihr im „Modell 0“ verlorenes Mandat zurück und hält – gleich wie in der realen Verteilung 55 Mandate; auch FDP kann ihren realen Besitzstand von 36 Mandaten wahren („Modell 0“: 35), die SP verliert ein Mandat weniger und erhält 48 Mandate („Modell 0“: 47). Insgesamt wechseln durch die Änderung am Wahlsystem 12 Mandate (umrahmt in Tabelle 4), davon drei im Kanton Zürich und zwei im Kanton Waadt – davon sind 6 Mandatswechsel zwischen Parteien und 6 reine Mandatsabtausche zwischen Kantonalparteien. Die gegenläufigen Sitzverschiebungen durch die Änderungen des Wahlsystems sind gering und entsprechen weitgehend denjenigen im „Modell 0“.¹⁵

Bürgerliche	124	123
Linke:	67	70
EVP	5	3
Rechtsausen	4	3

	Tot	SVP	SP	FDP	CVP	GPS	EVP	LPS	PdA	FGA	Sol.	CSP	Lega
	200	55	55	49	52	36	36	30	28	15	13	5	3
AG	15	5	6	4	3	2	2	2	2	1	1	1	1
AI	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
AR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
BE	26	8	8	8	8	4	4	1	1	3	2	2	1
BL	7	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0
BS	5	1	1	2	3	1	1	0	0	1	0	0	0
FR	7	1	1	2	2	1	1	2	2	0	0	0	0
GE	11	2	2	3	3	1	1	1	1	1	1	0	0
GL	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
GR	5	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0
JU	2	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0
LU	10	3	3	1	1	2	2	3	3	1	1	0	0
NE	5	1	1	1	2	1	1	0	0	1	1	0	0
NV	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
OV	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
SG	12	4	4	2	2	2	2	3	3	1	1	0	0
SH	2	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
SO	7	2	2	2	2	2	2	1	1	0	0	0	0
SZ	4	1	2	1	1	1	0	1	1	0	0	0	0
TG	6	3	3	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0
TI	8	1	0	2	2	2	3	2	2	0	0	0	0
UR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
VD	18	4	4	4	4	4	4	1	0	2	2	1	2
VS	7	1	1	1	2	1	1	4	3	0	0	0	0
ZG	3	1	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0
ZH	34	12	12	9	10	5	5	2	2	3	3	2	1

Tabelle 5: Sitzverteilung im Nationalrat gemäss „Modell 5%“. In den weissen Spalten sind die Mandatszahlen nach der Modellrechnung ausgewiesen, die grau schraffierten Spalten zeigen die reale Sitzverteilung (ohne Parteien, die infolge Sperrklausel nicht mehr vertreten wären).

¹⁵ Eine leicht systemverzerrte Stimmverteilung innerhalb eines Kantons weist einerseits Schaffhausen auf, wo die FDP (29,1%) wie in „Modell 0“ ihr Mandat an die leicht stimmenschwächere SVP (28,5%) abgeben muss. Andererseits gewinnen im Kanton Genf die Grünen (11,2%) zwei Mandate, obschon Liberale und CVP (16,8% resp. 11,8%; je ein Mandat) beide stärker wären. Analog dem „Modell 0“ hält die SVP Genf mehr Mandate, aber weniger Stimmen als die Schwyzer SVP; die FDP Schaffhausen erzielt trotz Stimmenvorsprung auf andere, erfolgreiche FDP-Sektionen kein Mandat. Die CVP Innerrhoden erhält den garantierten Sitz des Kleinkantons, obschon sie in Basel-Stadt stärker wäre, dort aber kein Mandat erzielt ist.

Das Ausscheiden der EDU (die im bisherigen Wahlsystem 2 Mandate hält, bei biproportionaler Zuteilung ohne 5%-Hürde aber 3 Mandate belegen kann) kommt CVP, SP und LPS zu Gute: Die CVP gewinnt neu 30 Mandate (zwei mehr als real); die SP verliert in diesem Szenario nur drei Mandate (statt vier resp. fünf) und die LPS steigert ihr Ergebnis (im Unterschied zu den anderen Modellen) von vier auf fünf Mandate.

Gemäss dem „Modell 5%“ wechseln insgesamt 13 Mandate. Davon wechseln sieben die Partei, währenddem die anderen 6 Mandatswechsel lediglich innerhalb derselben Partei von einem Kanton in den anderen verschoben werden. Die gegenläufigen Sitzverschiebungen durch die Änderungen des Wahlsystems sind gering und entsprechen weitgehend denjenigen im „Modell 0“.¹⁶

Bürgerliche	126	123
Linke:	68	70
EVP	5	3
Rechtsausser	1	4

3.1.2 Veränderung der Wahlergebnisse in Kleinkantonen ohne politische Konkurrenz

In sieben Kleinkantonen mit einem (GL, NW, OW, UR, AI, AR) respektive zwei Nationalratssitzen (SH) fanden die Nationalratswahlen 2003 ohne – respektive mit stark verzerrtem politischem Wettbewerb statt. In vier der fünf Majorzkontone wurden in den Wahlen 2003 neben Einzelner nur eine oder zwei Parteien zu den Wahlen an; einzig in AR war die Auswahl mit drei Parteien etwas grösser. Im Kanton Schaffhausen schliesslich konzentrierte sich das Rennen weitgehend auf die drei grössten Parteien FDP, SVP und SP, von denen nur zwei einen Sitz erzielen konnten. Manche dieser Kandidaturen würden bei einem breiteren Parteienangebot massiv Stimmen einbüssen; sie erzielten in den Nationalratswahlen 2003 nur aufgrund einer schmalen Kandidatenpalette derart gute Resultate.

Es ist absehbar, dass ein verändertes Wahlsystem zu einem effektiven Wettbewerb auch in diesen kleinen Kantonen führen wird. Die Kräfteverhältnisse können jedoch lediglich geschätzt werden. Dazu eignen sich die Resultate aus den kantonalen Parlamentswahlen – allerdings nur in denjenigen vier Kantonen, wo diese nach dem Proporzwahlsystem stattfinden (GL, NW, OW, SH).¹⁷

Im „Modell 0“ verändert sich im Vergleich zur ursprünglichen Stimmenzahl (vgl. Tabelle 2) die Sitzverteilung nicht. Bei Einführung von Sperrklauseln spielen die in den Kleinkantonen korrigierten Stimmenzahlen jedoch eine geringfügige Rolle: Bei der 3%-Sperrklausel verliert die SP, die insbesondere in Glarus und Schaffhausen von der beschränkten Parteienkonkurrenz profitiert hat, ein Mandat an die Grünen; ein FDP-Mandat geht an die CVP. Im Falle einer 5-Prozent-Klausel verliert die SP ein Mandat an die Grünen und die Liberalen ein Mandat an die SVP. Mandatswechsel gibt es namentlich in Glarus, wo die FDP in den kantonalen Wahlen – anders als in den Nationalratswahlen – stärker abschnitt als die SP, und in Nidwalden, wo die CVP in den kantonalen Wahlen die FDP überholte (Resultate s. Anhang 4).

¹⁶ Eine leicht systemverzerrte Sitzverteilung innerhalb eines Kantons weist einzig Schaffhausen auf, wo die FDP (29,1%) wie in „Modell 0“ ihr Mandat an die leicht stimmenschwächere SVP (28,5%) abgeben muss. Bemerkenswert ist, dass damit die sowohl in der realen Sitzverteilung als auch im „Modell 0“ bestehende Verzerrung in Neuenburg verschwindet – Grüne und Liberale erzielen je ein Mandat. Analog dem „Modell 0“ hält die SVP Genf mehr Mandate, aber weniger Stimmen als die Schwyzer SVP. Die FDP Schaffhausen erzielt trotz Stimmenvorsprung auf andere, erfolgreiche FDP-Sektionen kein Mandat, und die CVP Innerrhoden erhält den garantierten Sitz des Kleinkantons, obschon sie in Basel-Stadt stärker wäre, dort aber kein Mandat erzielt ist. Neu ist der Mandatsverlust der Walliser SP, obschon sie von 18'346 Personen gewählt wurde und die Freiburger SP mit 15'491 Wählerinnen und Wählern ihr zweites Mandat halten kann.

¹⁷ Kantonale Wahlen: Obwalden 2002, Nidwalden 2002, Glarus 2002 (Wahlergebnisse aus Ladner 2003), Schaffhausen 2004 (Wahlergebnisse: Homepage des Kantons Schaffhausen, www.sh.ch)

Die Mandatswechsel zeigen, dass das bisherige Wahlsystem in den Kleinkantonen stark den Charakter einer Persönlichkeitswahl hat, die parteipolitische Affinität nicht alleine entscheidend ist. Bis zu welchem Grad sich der Charakter der Wahl in den Kleinkantonen mit dem Wechsel des Wahlsystems wechseln wird, kann nur ungenügend abgeschätzt werden. Zwar bleibt der Charakter der unmittelbaren Wahl einer Persönlichkeit in den Einerwahlkreisen; allerdings erhalten alternative Kandidaturen Zulauf, weil die Stimmen auf nationaler Ebene den entsprechenden Parteien zugerechnet werden. Ob dies allerdings reichen würde um der SP den Glarner Sitz und der FDP den Nidwaldner Sitz zu entreissen, kann nicht abgeschätzt werden.

3.1.3 Veränderung der Wahlergebnisse aufgrund kantonaler Wahlen

In einem weiteren Schritt werden strukturelle Probleme von Kleinparteien berücksichtigt. Aufgrund beschränkter Wahlkreisgrösse in den meisten Kantonen können manche Kleinparteien ihre Wähleranteile nicht in Sitze ummünzen. Typisches Beispiel sind etwa die Basler und die Freiburger Demokratisch-Sozialen Parteien DSP; rechte Abspaltungen der kantonalen Sozialdemokraten. In den kantonalen Parlamentswahlen erreichten sie in Basel-Stadt rund 6% der Stimmen; in Freiburg rund 3,5%. Bei Wahlkreisgrössen von fünf resp. sieben Sitzen müsste die Partei ihren Sitzanteil für ein Nationalratsmandat in einem der beiden Kantone jedoch etwa verdreifachen. Würden die beiden kantonalen Parteien gemäss dem biproportionalen Wahlsystem hingegen eine landesweite Listengruppe bilden, ergäbe dies bereits einen nationalen Wähleranteil von 0,28% - oder äusserst knapp ein Nationalratsmandat. Ähnlich entgehen vielen anderen Kleinparteien Stimmen, weil sie in Kantonen, wo das Rennen chancenlos ist, auf Listen verzichten. Diese Parteien wurden in den vorangehenden Betrachtungen unterschätzt.

Aufgrund der Ergebnisse kantonaler Wahlen (Quelle: Ladner 2003) schätze ich die Stimmenkraft dieser Kleinparteien in denjenigen Kantonen, wo sie bei den Nationalratswahlen nicht angetreten sind (Zahlen im Anhang 2).¹⁸ Solche Stimmenverschiebungen dürften den Kleinparteien einige zusätzliche Mandate verschaffen. Damit profitieren die kleinen Parteien gleich doppelt vom neuen Wahlrecht. Einerseits werden Wahlhürden durch kleine kantonale Wahlkreise beseitigt, welche Sitzgewinne kleiner Parteien verhindern. Dieser Effekt wurde bereits im Nullmodell (vgl. oben, Tabelle 2) berechnet. Andererseits dürften die kleinen Parteien aufgrund wegfallender Wahlhürden auch mit zusätzlichen Wählerstimmen rechnen. Letztere Verschiebungen sind zwar gering, aber nicht irrelevant: Drei zusätzliche kleine Parteien können durch die Kandidatur in zusätzlichen Kantonen ihre Sitzzahl (im Vergleich zum „Nullmodell“) verbessern: Die LPS gewinnt einen Sitz auf Kosten der FDP. Im Mitte-links Lager verliert die SP zwei Sitze, und zwar an die neu im Nationalrat vertretene DSP und an die PdA.¹⁹

¹⁸ Als Alternative bestünde die Möglichkeit, die Berechnung konsequent aufgrund kantonaler Wahlergebnisse durchzuführen. Diese Rechenvariante wird allerdings nicht verfolgt, weil in allen Kantonen das kantonale Wahlsystem ebenfalls Hürden setzt, die in manchen Fällen gar einschränkender sind als das Nationalratswahlrecht. Zudem können in einigen Kantonen mit Mehrheitswahlrecht keine Stimmenanteile der Parteien in kantonalen Wahlen berechnet werden.

¹⁹ Wie in den anderen Modellen ergibt sich eine leicht systemverzerrte Stimmenverteilung innerhalb eines Kantons in Schaffhausen; im Kanton Neuenburg verschwindet die Verzerrung dank liberalem Sitzgewinn. In Basel-Stadt erzielt die DSP einen Sitzgewinn mit 6% der Stimmen und verdrängt die FDP, die 9,3% der Stimmen hält.

Innerhalb der Parteien ist die SVP in Genf besser vertreten als in Schwyz – obschon sie weniger Stimmen erzielt; die FDP Schaffhausen dagegen gegenüber anderen Sektionen benachteiligt; die CVP Innerrhoden freut sich über den garantierten Sitz, obschon die CVP-Stimmenzahl in Basel-Stadt grösser wäre.

	Tot	SVP	SP	FDP	CVP	GPS	EVP	LPS	EDU	SD	PdA	FGA	CSP	Sol.	Leg	DSP	Sep															
	200	54	55	45	52	34	36	29	28	15	13	5	3	5	4	3	2	2	1	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	0	1	0
AG	15	6	6	3	3	2	2	2	2	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AI	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	26	7	8	6	8	4	4	1	1	2	2	2	1	0	0	2	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
BL	7	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BS	5	1	1	2	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
FR	7	2	1	2	2	1	1	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
GE	11	2	2	3	3	1	1	1	1	1	1	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0
GL	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
GR	5	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
JU	2	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
LU	10	3	3	1	1	2	2	3	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NE	5	1	1	1	2	1	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NW	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
OV	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SG	12	4	4	2	2	2	2	3	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SH	2	1	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SO	7	2	2	2	2	2	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SZ	4	1	2	1	1	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TG	6	2	3	1	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TI	8	1	0	2	2	2	3	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0
UR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	18	4	4	4	4	3	4	1	0	2	2	0	0	2	2	0	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VS	7	1	1	2	2	1	1	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZG	3	1	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZH	34	11	12	8	10	5	5	2	2	3	3	2	1	0	0	1	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Tabelle 6: Sitzverteilung im Nationalrat gemäss „Modell Kantonale Wahlen – 0%“. In den weissen Spalten sind die Mandatszahlen nach der Modellrechnung ausgewiesen, die grau schraffierten Spalten zeigen die reale Sitzverteilung.

Bürgerliche	122	123
Linke:	67	70
EVP	5	3
Rechtsausen	6	4

Bei Einführung einer 3%-Klausel verschwinden die SD sowie die Separatisten aus dem Parlament. Die drei Mandate gehen an die Grünen, die SP und die FDP. Die gegenläufigen Sitzverschiebungen bleiben gleich.

	Tot	SVP	SP	FDP	CVP	GPS	EVP	LPS	EDU	PdA	FGA	CSP	Sol.	Lega	DSP																
	200	54	55	46	52	35	36	29	28	16	13	5	3	5	4	3	2	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0		
AG	15	6	6	3	3	2	2	2	2	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AI	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	26	7	8	7	8	4	4	1	1	3	2	2	1	0	0	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BL	7	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BS	5	1	1	2	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	
FR	7	2	1	2	2	1	1	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
GE	11	2	2	3	3	1	1	1	1	1	1	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
GL	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
GR	5	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
JU	2	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
LU	10	3	3	1	1	2	2	3	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NE	5	1	1	1	2	1	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NW	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
OV	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SG	12	4	4	2	2	2	2	3	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SH	2	1	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SO	7	2	2	2	2	2	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SZ	4	1	2	1	1	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TG	6	2	3	1	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TI	8	1	0	2	2	2	3	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0
UR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	18	4	4	4	4	3	4	1	0	2	2	0	0	2	2	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VS	7	1	1	2	2	1	1	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZG	3	1	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZH	34	11	12	8	10	6	5	2	2	3	3	2	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Tabelle 7: Sitzverteilung im Nationalrat gemäss „Modell Kantonale Wahlen – 3%“. In den weissen Spalten sind die Mandatszahlen nach der Modellrechnung ausgewiesen, die grau schraffierten Spalten zeigen die reale Sitzverteilung (ohne Parteien, die infolge Sperrklausel nicht mehr vertreten wären).

Bürgerliche	123	123
Linke:	68	70
EVP	5	3
Rechtsausen	4	4

Die vorher der EDU zufallenden Sitze gehen bei Einführung einer 5%-Hürde an die grossen Parteien SVP, SP und CVP. Die gegenläufigen Sitzverschiebungen bleiben gleich.

	Tot	SVP	SP	FDP	CVP	GPS	EVP	LPS	PdA	FGA	CSP	Sol.	Lega	DSP													
	200	55	55	47	52	35	36	30	28	16	13	5	3	5	4	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	0	
AG	15	6	6	3	3	2	2	2	2	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AI	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	26	8	8	8	8	4	4	1	1	3	2	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BL	7	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BS	5	1	1	2	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
FR	7	2	1	2	2	1	1	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0
GE	11	2	2	3	3	1	1	1	1	1	1	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0
GL	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
GR	5	2	2	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
JU	2	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
LU	10	3	3	1	1	2	2	3	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NE	5	1	1	1	2	1	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NW	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
OM	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SG	12	4	4	2	2	2	2	3	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SH	2	1	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SO	7	2	2	2	2	2	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SZ	4	1	2	1	1	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TG	6	2	3	1	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TI	8	1	0	2	2	2	3	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
UR	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	18	4	4	4	4	3	4	1	0	2	2	0	0	2	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VS	7	1	1	1	2	1	1	4	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZG	3	1	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
ZH	34	11	12	9	10	6	5	2	2	3	3	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0

Tabelle 8: Sitzverteilung im Nationalrat gemäss „Modell Kantonale Wahlen – 5%“. In den weissen Spalten sind die Mandatszahlen nach der Modellrechnung ausgewiesen, die grau schraffierten Spalten zeigen die reale Sitzverteilung (ohne Parteien, die infolge Sperrklausel nicht mehr vertreten wären).

Bürgerliche	125	123
Linke:	69	70
EVP	5	3
Rechtsausen	1	4

3.1.4 Strategische Aufteilung der Listen

Allerdings ist es nicht in allen Fällen klar, dass die Parteien ihre Listen in dieser Art verbinden. Namentlich eine Eigenschaft des Sainte-Laguë-Zuteilungsverfahrens führt zu Problemen: Während es sich im alten Zuteilungsverfahren D'Hondt in keinem Fall auszahlt, eine Liste zu spalten, kann im Sainte-Laguë-Zuteilungsverfahren in einzelnen Fällen arithmetisch vorteilhaft sein, eine Partei auf mehrere Wahllisten aufzuteilen; in Spezialfällen können getrennt mehr Sitze erzielt werden als mit einer geeinten Liste. Demnach würden beispielsweise die Grünalternativen einen zusätzlichen Sitz im Nationalrat gewinnen, wenn die Zürcher Grünalternativen getrennt antreten; allerdings nur, falls es keine Sperrklausel gibt. Wird eine Sperrklausel ein-

geführt, scheitern die Zürcher Grünalternativen an dieser, wenn sie nicht mit den anderen FGA-Listen verbunden sind. Aber auch für den Fall von Sperrklauseln gibt es Beispiele dafür, dass die Aufspaltung einer Partei Vorteile bringen kann: Beispielsweise legt die FDP einen Sitz zu, wenn die Baselstädtische FDP mit einer getrennten Liste antreten würde. Und die SP könnte durch geschickte Zerlegung ihrer Listen ihr Gesamtergebnis gar von 47 auf 50 Sitze verbessern, vgl. Tabelle 9.

Partei	Gesamtstimmen	Sitze
SVP	563443	54
FDP	360199	35
CVP	302326	29
GPS	161547	15
SP-ZH	92377	9
SP-BE	79165	8
SP	71184	7
SP-VD/GE	58029	6
EVP	47899	5
LPS	47370	5
SP-NE/TI	37023	4
SP-BS	20558	2
SP-SO	19524	2
SP-BL	19231	2
SP-VS	18346	2
PdA	17193	2
SP-FR/OW	16965	2
SP-GR/JU	16911	2
FGA	14363	1
CSP	11603	1
Sol	11479	1
SP-TG	8680	1
SP-SH	7901	1
Lega	7304	1
SP-SZ	7284	1
DSP	5910	1
SP-GL/AR	5505	1
<u>SVP</u>	<u>563443</u>	<u>54</u>
SP: Summe	478683	50

Tabelle 9: Resultat bei strategischer Zerlegung der SP-Liste in einzelne, kleine Listenverbindungen (5%-Sperrklausel, Stimmen verändert aufgrund Ergebnisse kantonaler Wahlen).

Sicherlich kann eine strategische Aufstückelung einer nationalen Partei in regionale Sub-Listen zur Verbesserung des Resultates real nicht immer in idealer Art vollzogen werden, weil die Stimmenverteilung im Voraus nicht genau bekannt ist. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass in einer Reihe von Kantonen das Wahlergebnis präzise genug abschätzbar ist, um zu entscheiden, ob ein Alleingang einer Kantonalpartei lohnenswert sein dürfte oder nicht.

Vorteile für einen Alleingang hat eine Kantonalpartei dann, wenn ihre Anzahl Stimmen geteilt durch die national durchschnittlich abgegebenen Stimmen pro Mandat eine Zahl mit der Dezimalstelle ,5 bis ,9 ergibt; d.h. wenn bei der Berechnung der Sitzzahl eine Aufrundung erfolgt. Wenn die Stimmenzahl einer Kantonalpartei genug stabil ist, kann in manchen Fällen problemlos abgeschätzt werden, ob sich ein Alleingang loh-

nen dürfte oder nicht. Hier sei nur ein konstruiertes Beispiel ausgewählt: Für die Walliser SP beispielsweise zahlt sich ein Alleingang aus: Sie erreichte einen Stimmenanteil, der 1,8 Parlamentssitzen entspricht. Infolge der biproportionalen Verteilung fällt ihr im betrachteten Modell innerhalb der SP Schweiz nur ein Parlaments-sitz zu. Bei einem Alleingang hingegen kann die Partei fast sicher davon ausgehen, 2 Parlamentssitze zu erzielen – und gleichzeitig das Resultat der SP Schweiz zu verbessern. Solange sie die 1,5-Limite nicht unterschreitet (d.h. sofern sie nicht über 17% Stimmen verliert), kann sie den zweiten Sitz garantiert halten; und solange sie die 2,0-Limite nicht übersteigt (d.h. sofern sie nicht über 11% Stimmen gewinnt), kann die SP Schweiz von einem Alleingang der Walliser Sektion nur profitieren.

Bei genauer Kenntnis der Anzahl Wähler und bei sehr hoher Wählerdisziplin liesse sich das Ergebnis einer Partei weit drastischer steigern; theoretisch könnte eine strategisch agierende Partei ihre gewonnene Anzahl Sitze durch die Aufspaltung einer Liste auf etliche Regionallisten so unter bestimmten Umständen verdoppeln; in anderen Fällen beinahe verdoppeln. In der Praxis dürfte die Umsetzung einer solchen Strategie zwar nicht unproblematisch sein. Einzelne Sitzgewinne sind möglich, wenn Parteien ihre Listen strategisch entlang gewisser Kantons Grenzen aufzuspalten beginnen. Weit grössere Sitzgewinne wären zu erzielen, wenn sie auch innerhalb der Kantone mit Listenspaltungen agieren würden, mit dem Ziel dass jede Liste nur noch genau die Minimalzahl an Stimmen erhält, die für ein Mandat nötig sind.²⁰

Es stellt sich allerdings die Frage, ob dies nur eine hypothetische Spielerei oder eine in die Realität umsetzbare Strategie darstellt. Namentlich bräuchte es – wenn eine Partei auch beginnen will, innerhalb eines Kantons die Listen aufzuspalten – genaue Voraussagen über die erzielten Stimmen und eine hohe Wählerdisziplin. Allerdings sind wichtige Voraussetzungen gegeben:

- Regionallisten sind bereits heute innerhalb der Kantone gebräuchlich;
- die Wählerstatistiken sind sehr genau;
- Parteienstimmen sind recht konstant
- und Wählerinnen und Wähler liessen sich in der Schweizer Wahlgeschichte auch von taktischem Verhalten der Parteien nicht unbedingt von der Wahl abschrecken.²¹

4 Fazit

Mit dem Wechsel des Wahlsystems im Kanton Zürich hat die Wahlsystem-Debatte in der Schweiz einen neuen Impuls erhalten: Das neue Zürcher Wahlsystem mit biproportionaler Zuteilungsmethode erlaubt, die bestehenden Wahlkreise beizubehalten und trotzdem die Sitze nach kantonalen Stimmenanteilen zu verteilen. Angewandt auf Schweizerische Bundesebene stellt sich die Frage, ob ein entsprechendes biproportionales Wahlsystem zu grösseren Systemverzerrungen kommen könnte: Die Wahlkreiseinteilung für die Nationalratswahlen zählt etliche Kleinst-Wahlkreise mit nur einem Mandat. Mit einer Modellrechnung auf der Basis der Stimmenverteilung der Nationalratswahlen 2003 wurde überprüft, ob dies zu grösseren Sitzrochaden innerhalb der Kantone führt. Unter solchen Systemverzerrungen verstehen wir einerseits Fälle,

²⁰ Verschiedene Ansätze sind denkbar, um der strategischen Listenaufspaltung entgegenzuwirken. Fast alle Länder, (mit Ausnahme Bosniens, vgl. Bochsler 2003) welche das Sainte-Laguë-Verfahren in Parlamentswahlen anwenden, versehen es entweder mit einer nationalen gesetzlichen Sperrklausel (diese muss mindestens annähernd dem Anteil eines Parlamentsmandates, in der Schweiz also annähernd 0,5%, entsprechen) oder modifizieren die Divisorenreihe, welche dem Verfahren zu Grunde liegt („modifiziertes Sainte-Laguë-Verfahren“, wie es in Skandinavien angewandt wird, vgl. Nohlen 2004: 474).

²¹ Jüngstes Beispiel wäre etwa die taktisch eingegangene und öffentlich diskutierte Listenverbindung der autonomen Sozialisten PSA und der CVP für die Nationalratswahlen 2003 im Kanton Bern – zweier überhaupt nicht harmonisierender Parteien. In der Wählergunst liess sich deswegen allerdings kein Einbruch – weder der PSA noch der CVP feststellen.

wo innerhalb eines Kantones Partei A mehr Mandate erhält als Partei B, obschon Partei B mehr Stimmen erzielt hat. Ferner wird überprüft, ob entsprechende Abweichungen von der Stimmen-Sitze-Monotonie innerhalb der gleichen Partei zwischen den Kantonalparteien entstehen („gegenläufige Sitzverschiebungen“).

Zunächst zeigt die Modellrechnung, dass das geänderte Wahlsystem auf nationaler Ebene zu mehr proportionalen Gerechtigkeit und zu einer moderaten Stärkung der kleinen Parteien führt. Namentlich Kleinparteien, welche in vielen Kantonen präsent sind, aber meistens die Wahlkreishürde verfehlen, werden neu proportional repräsentiert.²² In den Modellen ohne kantonale Hürden schaffen zudem die Separatisten im Berner Jura knapp einen Sitz – sie profitieren vom Übergang zur Proportionalitätsformel nach Sainte-Laguë. In der Modellrechnung ergeben sich auf nationaler Ebene jedoch keine bahnbrechenden Veränderungen. Das linksgrüne Lager, das heute durch konsequente Listenverbindungen seine Stimmen effizient in Sitze ummünzt, verliert in der Modellrechnung einen oder mehrere Sitze. Die Verluste betreffen vor allem die SP (was durch Sitzgewinne namentlich der Grünen teilweise im linksgrünen Lager kompensiert wird). Nebst der Mittepartei EVP können – so lange keine Sperrklauseln eingeführt werden – die kleinen Rechtsausser-Parteien zulegen. Sie sind infolge des heute geltenden Wahlsystems im Parlament schwächer vertreten, als dies ihr Wähleranteil rechtfertigen würde.

Kantonalisierte Sperrklauseln, wonach eine Partei nur in einem von 26 Kantonen eine Prozhürde übertreffen muss, um zur Sitzverteilung zugelassen zu werden, sind im Schweizer Kontext wenig wirksam. Insbesondere die Kleinparteien sind eher regionalisiert als nationalisiert, das heisst sie verfügen über kantonale Hochburgen, wo sie solche Klauseln meist locker übertreffen. Eine 3%-Hürde dürfte die SD und die (gemäss aktuellem Wahlsystem nicht vertretenen) Separatisten gefährden, an einer 5%-Hürde scheitert ferner die EDU (bei unverändertem Stimmverhalten). Einschneidendere Auswirkungen haben erst Hürden von 6% bis 7%.

Hinzu kommt ferner, dass eine Änderung und Nationalisierung des Wahlsystems auch zu Stimmenverschiebungen führen dürfte. Parteien, die bis anhin in kleinen Kantonen chancenlos blieben, können dort neu Stimmen holen, denn der strategisch-psychologische Effekt gegen Kleinparteien fällt weitgehend weg. Auch wenn Sitzgewinne im entsprechenden Kanton aussichtslos bleiben, tragen die Stimmen neu zum nationalen Wahlergebnis bei. Eine präzise Prognose über solche Stimmenverschiebungen scheint unmöglich, aber Ergebnisse aus kantonalen Wahlen lassen darauf schliessen, dass die ganz kleinen Parteien im Parlament ein Potenzial von rund drei zusätzlichen Sitzen haben könnten. Der Vergleich mit den kantonalen Wahlen zeigt: Ein Wahlsystemwechsel würde insbesondere der in Freiburg und Basel-Stadt politisierenden DSP den Sprung auf die nationale Politbühne ermöglichen.²³

Wenden wir den Blick vom nationalen Gesamtergebnis zu den kantonalen Einzelresultaten, ergeben sich einige zusätzliche Verschiebungen. Diese sind teilweise durch die nationalen Sitzwechsel bedingt. Hinzu kommt, dass wegen dem Wechsel der Proportionalitätsformel von D'Hondt (Abrundung) zu Sainte-Laguë (Standardrundung) zusätzliche Kantonalparteien im Parlament vertreten sind, währenddem grosse Kantonalparteien, die bis anhin mehrere Mandate innehatten, eher Sitze abgeben müssen.

²² Im gegenteiligen Fall – wenn eine Kleinstpartei nur in wenigen Kantonen präsent, aber dort relativ stark ist, kann das biproportionale Verfahren auch zu einem Sitzverlust führen, wie das Beispiel der PdA zeigt.

²³ Weitergehende Stimmenverschiebungen sind nicht abschätzbar, die kantonalen Wahlergebnisse sind die besten verfügbaren Daten für diese Schätzung, vgl. Anhang 2 / Fussnote 24.

Die Sitzverschiebungen innerhalb der Kantone sind durch die Einführung eines biproportionalen Wahlverfahrens nicht besonders gross. Fast ausnahmslos bleiben alle heute im Parlament vertretenen Kantonalparteien auch in Zukunft im Nationalrat – abgesehen von denjenigen, welche eine allfällige, neu eingeführte Prozenthürde nicht überwinden. Bedeutende Sitzverschiebungen in dieser Hinsicht sind jedoch der Wechsel des Schaffhauser Mandats von der FDP zur SVP; eines Mandats, das die FDP über Jahrzehnte gehalten hat. Indes liegt die SVP bezüglich ihres Stimmenanteils bei den Wahlen 2003 erstmals beinahe gleichauf, ein solcher Mandatswechsel wäre bei nur geringem Stimmenzuwachs der SVP (und falls diese alle Stimmen auf die gleiche Liste vereint) auch mit dem bestehenden Wahlsystem ohne weiteres möglich.

Bedeutend mag ferner der Sitzverlust der Sozialistisch-Grünen Alternative in Zug an die FDP erscheinen. Damit fällt der linke Sitz aus diesem Kleinkanton an die Bürgerlichen. Die Zuger Linke erzielte den Sitz 1995 und 2003 dank der Listenverbindung zwischen Grünalternativen und der SP komfortabel, scheiterte aber in den Wahlen 1999 mit einer gemeinsamen Liste. In der Modellrechnung wurden aber kantonale Listenverbindungen abgeschafft, weil stattdessen die Möglichkeit nationaler Listengruppen besteht. Dadurch helfen die Stimmen der Zuger SP und Grünalternativen nicht mehr der jeweiligen kantonsinternen Partnerin, sondern vielmehr der nationalen Partei zum Sitzgewinn. Wie in Anhang 1 dargestellt, ist dies jedoch keine zwingende Folge eines biproportionalen Wahlverfahrens. Auch dieses Verfahren bietet dem Gesetzgeber die Möglichkeit weiterhin Listenverbindungen zuzulassen. Allerdings könnten solche nur entweder auf kantonalem Ebene zwischen mehreren Listen abgeschlossen werden, die alle der gleichen nationalen Listengruppe angeschlossen sind. Oder dann sind Listenverbindungen zwischen nationalen Listengruppen möglich.

Zusammengefasst stellt der Wechsel zum biproportionalen Verfahren auf nationaler Ebene die Proportionalität her, ohne jedoch an den Grundzügen der Wahl in den 26 Kantonen zu rütteln. Weiterhin sitzen Vertreterinnen und Vertreter der Kantonalparteien im eidgenössischen Parlament – und auch im biproportionalen Verfahren erzielt eine kantonale Liste ihre Mandatsgewinne aufgrund ihres kantonalen Listenresultats. Die national hergestellte Proportionalität öffnet jedoch Wählerinnen und Wählern aus kleineren Kantonen die Möglichkeit, für kleinere Parteien zu stimmen, ohne dass Stimme aufgrund des mechanischen Wahlsystem-Effekts (kleine Wahlkreisgrösse) verpufft. Das führt zu einer besseren Vertretung der Kleinparteien im Parlament und zu gerechterer Sitzverteilung, weil einerseits jede Stimme – egal aus welchem Kanton sie kommt – gleich viel zum nationalen Resultat beiträgt, und weil andererseits die Proportionalität auch für kleine Parteien spielt. Das biproportionale Verfahren lässt – gleich wie das bisherige einfach-proportionale Verfahren weitgehende Freiheiten bei der genauen Ausgestaltung. Anders als im Kanton Zürich dürften Listenverbindungen infolge Vorhandenseins mehrsprachiger Kantone ein politisch unverzichtbares Wahlsystem-Element sein: Nur so kann die anteilmässige Vertretung beider Sprachgruppen innerhalb des Kantons und innerhalb der gleichen Partei garantiert werden.

Ob ähnlich wie im Kanton Zürich Wahlkreis-bezogene Prozenzhürden vorgesehen werden, ist eine politische Frage, die durch das biproportionale Verfahren nicht präjudiziert wird. Nicht unproblematisch sind jedoch die strategischen Möglichkeiten zur Listenaufteilung, die sich den Parteien aufgrund der angewandten Standardrundung (Sainte-Laguë) öffnen. Es gibt verschiedene Anpassungen, welche dieses Problem lösen könnten (s. Fussnote 20). Welche dafür am besten geeignet sind, ist meines Wissens ungeklärt, hier besteht weiterer Forschungsbedarf.

5 Bibliografie

- Armingeon, Klaus (1998): Es gibt sie doch, die Schweizer Wahlen! Die Unterschiedlichkeit des Wahlverhaltens zwischen Kantonen im internationalen Vergleich; in: Kriesi, Hanspeter; Linder, Wolf; Klöti, Ulrich (Hrsg.): Schweizer Wahlen 1995. Haupt, Bern.
- Balinski, Michael L.; Young, H. Peyton (2001): Fair Representation. Meeting the Ideal of One Man, One Vote. Second Edition. Brookings Institution Press, Washington.
- Blais, André ; Nadeau, Richard (1996) : Measuring Strategic Voting: A Two-Step Procedure; in: Electoral Studies 15 (1): 39-52.
- Blais, André; Turgeon, Mathieu (2004) : How good are voters at sorting out the weakest candidate in their constituency?; in: Electoral Studies 23 (3): 455-461.
- Bochsler, Daniel (2003): Schweizer Kantone als Vorbild für Bosnien: Welche Wahlsysteme erleichtern das Regieren multiethnischer Länder? Lizentiatsarbeit, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
- Bochsler, Daniel; Koller, Christophe; Sciarini, Pascal; Traimond, Silvie; Trippolini, Ivar (2005). Die Schweizer Kantone unter der Lupe. Behörden, Personal, Finanzen. Haupt, Bern.
- Cesid (2002): Izborni zakon i nacionalne manjine. Cesid, Beograd.
- Cox, Gary W. (1997): Making Votes Count. Strategic Coordination in the World's Electoral Systems. Cambridge University Press, Cambridge.
- Downs, Anthony (1968): Ökonomische Theorie der Politik. Mohr, Tübingen.
- Duverger, Maurice (1951): Les partis politiques. Colin, Paris.
- Ladner, Andreas (2003): L'évolution des systèmes cantonaux des parties. Une étude basée sur les données des élections au Conseil national et dans les parlements cantonaux de 1971 à 2003. Office fédéral pour la statistique, Neuchâtel.
- Lijphart, Arend (1994): Electoral Systems and Party Systems. A Study of Twenty-Seven Democracies 1945-1990. Oxford University Press, Oxford.
- Linder, Wolf; Hirter, Hans (1994): Veränderte Proporzchancen und ihre Auswirkungen auf die Parteienvertretung im schweizerischen Nationalrat. Eine Modellrechnung. Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. Working Paper.
- Lutz, Georg; Strohmann, Dirk (1998): Wahl- und Abstimmungsrecht in den Kantonen. Haupt, Bern.
- Lutz, Georg; Vatter, Adrian (1999): Wie Parteien ihre Stimmkraft maximieren; in: Der Bund, 22. Oktober 1999, 150. Jahrgang (Nr. 247). Seite 2.
- Lutz, Georg (2002a): Auswirkungen der Verkleinerung des Grossen Rates und der Wahlkreisreform im Kanton Bern. Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. Working Paper. [<http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/lutz>]
- Lutz, Georg (2002b): Auswirkungen der Verkleinerung des Grossen Rates und der Wahlkreisreform im Kanton Bern. Nachtrag: Auswirkungen bei Verkleinerung (Annahme der Verfassungsänderung) ohne Wahlkreisreform (Ablehnung der Gesetzesänderung). Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. Working Paper. [<http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/lutz>]
- Massicotte, Louis; Blais, André (1999): Mixed electoral systems: a conceptual and empirical survey: Electoral Studies 18 (3). 341-366.
- Nohlen, Dieter (2004): Wahlrecht und Parteiensystem. Leske + Budrich, Opladen.
- O'Doherty, Paul (1998): The d'Hondt and Hare/Niemeyer Methods and the Northern Ireland Election of 30 May 1996; in: Political Studies 46. 328-335.
- OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (2001): Guidelines to assist national minority participation in the electoral process January 2001. Warsaw: OSCE/ODIHR. [http://www.osce.org/documents/hcnm/2001/01/240_en.pdf]
- Pennisi, Aline (1998): Disproportionality Indexes and Robustness of Proportional Allocation Methods; in: Electoral Studies 17 (1). 3-19.

Poledna, Tomas (1988): Wahlrechtsgrundsätze und kantonale Parlamentswahlen. Dissertation. Schulthess, Zürich.

Pukelsheim, Friedrich (2003): Neue Zürcher Zuteilungsmethode. Nicht publiziert.

Pukelsheim, Friedrich; Schuhmacher, Christian (2004): Das neue Zürcher Zuteilungsverfahren für Parlamentswahlen; in: AJP/PJA 5/2004. 505-522.

Sartori, Giovanni (1968): Political Development and Political Engineering; in: Montgomery, John D.; Hirschman, Albert O. (Eds.): Public Policy. Cambridge University Press, Cambridge.

Seitz, Werner; Schneider, Madeleine; Frey, Rahel (2003): Nationalratswahlen 2003. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.

Taagepera, Rein; Shugart, Matthew S. (1989): Seats and Votes. The Effects and Determinants of Electoral Systems. Yale University Press, New Haven, London.

Anhang 1

Biproportionale Wahlverfahren und Listenverbindungen

Eine Besonderheit der Schweizer Verhältniswahlen – angewandt bei den Nationalratswahlen wie auch in etlichen kantonalen Wahlen (vgl. Lutz/Strohmann 1998) oder in Gemeindewahlen – sind die Listenverbindungen. Sie bezwecken, dass die Sitze zunächst auf ein Konglomerat von verbundenen Listen vergeben werden und erst in einem zweiten Schritt innerhalb des Parteienbündnisses verteilt werden. In einigen Kantonen werden verbundene Listen für die Überwindung der Sperrklausel als Einheit betrachtet. Dies ermöglicht verbundenen Kleinparteien den Einzug ins Parlament (Poledna 1988: 127ff.). In anderen Kantonen, werden – unabhängig von den Listenverbindungen – Restmandate nur an Parteien verteilt, die Vollmandate erzielen können. Dadurch, so Nohlen (2004: 96) profitieren nicht nur Kleinparteien, sondern insbesondere auch „listenfähige“ Parteien – solche, die eine geeignete Partnerin finden können – gemässigte Parteien also.

Die Wahlsystem-Literatur zeigt, dass Listenverbindungen im Sainte-Laguë-Verfahren ihren Zweck verlieren (Cox 1997: 58; Pukelsheim/Schuhmacher 2004: 518). Es gilt allerdings, zwei Zwecke der Listenverbindung zu differenzieren: Einerseits führt die Listenverbindung dazu, dass bei der Mandatsverteilung mehrere Parteien zunächst als Einheit angesehen werden und erst in einem zweiten Schritt die Mandate innerhalb der Verbindung zugeteilt werden. Dies bringt bei einigen Proportionalitätsformeln den verbundenen Listen strategische Vorteile – im Hondt-Verfahren können verbundene Listen dank Listenverbindungen zusätzliche Mandate gewinnen, nicht aber verlieren. Im Sainte-Laguë-Verfahren, das dem biproportionalen Wahlsystem mit Standardrundung zu Grunde liegt, fällt dieser Effekt weg. „Als Listenverbindung bekämen sie [die verbundenen Listen] in den meisten Fällen genau so viele Sitze wie einzeln, in einigen Fällen einen Sitz mehr, in anderen Fällen einen weniger“ (Pukelsheim 2003: 5).

Davon zu unterscheiden ist jedoch ein zweiter Effekt von Listenverbindungen: Einzelne Parteien erreichen nicht die nötige kritische Grösse, um die natürliche Wahlgesetzhürde, die durch die Wahlkreisgrösse gegeben ist, zu überspringen. Dies ist beispielsweise für die Grünalternativen und die Sozialdemokraten im Kanton Zug der Fall. Beide verfügen über etwa die Hälfte der Stimmen, die für einen Mandatsgewinn im Dreierwahlkreis Zug nötig ist; gemeinsam überspringen sie die natürliche Hürde jedoch mühelos und konnten deshalb bis anhin während Jahrzehnten dank Listenverbindung eines der Nationalratsmandate besetzen. Listenverbindungen sind also insbesondere auch dann relevant, wenn eine Kleinpartei aus eigener Kraft nicht die nötige Stimmenzahl erreicht, um an der Mandatsverteilung zu partizipieren. Ihre Stimmen gehen dank Listenverbindung dann nicht verloren, sondern fallen einer politischen Partnerin zu. In einigen Fällen kann sie gar selber – und nur dank der Listenverbindung – ein Mandat holen.

Dieser Effekt spielt auch unter dem Sainte-Laguë-Verfahren: Zwar wird die natürliche Wahlhürde durch den Systemwechsel leicht gesenkt, aber unter gewissen Umständen ist sie immer noch zu hoch für bestimmte Kleinparteien. Diese können nur mittels Listenverbindung die Hürde überspringen. Dies mag im hier getesteten biproportionalen Wahlverfahren irrelevant erscheinen, angesichts der gleich mehrfach gesenkten Hürde: Einerseits ist durch die Einführung einer nationalen Sitzverteilung auf die Parteien die Hürde (gemessen in nationalen Stimmenanteilen) viel tiefer; andererseits braucht es im Sainte-Laguë-Verfahren für einen

Mandatsgewinn in der Regel weniger Stimmen als im D'Hondt-Verfahren. Trotzdem gibt es eine politisch begründete Nachfrage nach Listenverbindungen:

- Nicht selten spalten Parteien ihre Listen innerkantonale auf, um verschiedene Wählersegmente mit einer jeweils einzelnen Liste anzusprechen oder um indirekt einer parteiinternen Gruppierung (z.B. liberaler und radikaler Flügel der FDP, christlichsozialer Flügel der CVP) oder einer sozialen Gruppe innerhalb der Partei (z.B. nach Sprachgruppen, Altersgruppen, Geschlechtern, Regionen geteilte Listen) einen Sitzanteil proportional zum Wähleranteil zu garantieren. Letzteres ist insbesondere in den mehrsprachigen Kantonen von eminenter Bedeutung, um der Sprachminderheit eine anteilmässige Vertretung zu garantieren.
- Ferner sind Listenverbindungen in Einzelfällen wichtig, damit ein politisches Lager (z.B. Zuger Linke) aus einem kleineren Kanton weiterhin im Bundeshaus vertreten ist.

Listenverbindungen werden zwar durch den Wechsel des Wahlsystems weniger eminent – aber sie sind mit dem biproportionalen Prinzip durchaus vereinbar. Es ist eine politische Frage, in welcher Form Listenverbindungen erwünscht sind und hängt nicht vom Wahlverfahren ab. Denkbar sind zwei Typen von Listenverbindungen: Einerseits kantonale Listenverbindungen innerhalb derselben Listengruppe (d.h. in der Regel innerhalb der selben Partei, beispielsweise nach Sprachgruppen getrennte Listen in einem mehrsprachigen Kanton. Andererseits ist es denkbar, nationale Listengruppen-Verbindungen zuzulassen, in denen sich nationale Listengruppen (jede von ihnen umfasst eine Gruppe von kantonalen Listen) auf nationaler Ebene zusammenschliessen. Beispielsweise tritt eine Jugendorganisation einer Partei mit eigenen Listen in mehreren Kantonen an und schliesst diese zu einer nationalen Listengruppe zusammen, geht ferner mit der Mutterpartei eine nationale Listengruppen-Verbindung ein. Die durch eine Listengruppen-Verbindung verbundenen Listen werden auf nationaler Ebene als auch in den einzelnen Kantonen für die Primärverteilung der Mandate als Einheit betrachtet, eine Sekundärverteilung der in den verschiedenen Kantonen errungenen Mandate an die verschiedenen Partnerinnen in der Listengruppen-Verbindung erfolgt wiederum nach dem biproportionalen Verfahren.

Bestehen keine solche Listenverbindungen, dürften in gewissen Fällen kantonale Parteien versucht sein, gemeinsame Listen aufzustellen. Dabei stellt sich für eine Kantonalpartei das Dilemma, welches Wahlziel ihr wichtiger ist: Bewahrung eines Nationalratssitzes im eigenen Kanton im eigenen Lager (aber möglicherweise bei einer befreundeten Partei und auf Kosten des Wahlergebnisses der eigenen Partei auf nationaler Ebene) oder Beitrag zum Wahlerfolg der eigenen Partei auf nationaler Ebene (aber im Gegenzug verliert das eigene politische Lager im eigenen Kanton).

Anhang 2

Strategischer Effekt und kantonale Wahlen

Im biproportionalen Verfahren fällt die Bevorteilung grosser Parteien durch strategisches Stimmen, die durch den strategischen-psychologischen Wahlsystem-Effekt bedingt ist, teilweise weg. Um diese Änderungen im Stimmverhalten einzuschätzen, wurden Ergebnisse der kantonalen Wahlen herbeigezogen. Wo nicht anders vermerkt, stammen sie aus einer Datenbank des Bundesamtes für Statistik und des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern, die kantonale Wahlergebnisse nach Wahlkreisen enthält.

Nach Kantonen aufgedreht sind aufgrund der kantonalen Wahlen die folgenden strategischen Stimmenverschiebungen (im Sinne einer Schätzung) denkbar.²⁴ Dabei muss auch eingeschätzt werden, auf Kosten welcher Partei solche Stimmengewinne gehen dürften. Einerseits geschieht dies aufgrund Betrachtungen der Stimmenverschiebungen in den einzelnen Wahlkreisen für die kantonalen Wahlen gegenüber den Nationalratswahlen. Andererseits (insbesondere wenn die Stimmenverschiebungen zu gering sind, um die Verlierer der entsprechenden Stimmen zu identifizieren) werden politische Affinitäten der Parteien berücksichtigt. Für eine besser basierte Einschätzung der strategischen Stimmenverschiebungen wären jedoch sehr detaillierte Wählerbefragungen mit grossen Stichproben in (fast) allen Kantonen notwendig (vgl. Blais/Nadeau 1996).

Aargau: Die EDU trat bei den Grossratswahlen 2001 in vier Bezirken an und erzielte 1,8 bis 5% – oder kantonsweit rund 1% der Stimmen. (Diese Stimmen dürften vermutlich auf Kosten der CVP gehen).

Basel-Stadt: Die DSP trat bei den Grossratswahlen 2000 in allen Bezirken an und erzielte rund 6% der Stimmen (die wohl zu einem grossen Teil auf Kosten der SP, ferner auf Kosten bürgerlichen Parteien gehen). Die PdA trat bei den Grossratswahlen 2000 in 3 von 5 Wahlkreisen an und erzielte 2-3% der Stimmen (unter Nichtberücksichtigung des Einerwahlkreises Bettingen, wo sie 12% einzig erzielte, weil sie die einzige Alternative zur siegreichen Kandidatur war), kantonsweit sind dies rund 1,5%, (auf Kosten der SP). Die bürgerlichen Jungparteien erzielen gemeinsam rund 2,4%; würden sie eine ähnliche Liste auch in andern Kantonen aufstellen, dürfte dies auf nationaler Ebene zum Mandatsgewinn reichen.

Freiburg: Die DSP tritt in den Grossratswahlen 2001 in zwei Bezirken an und erreicht dort jeweils etwa 7% der Stimmen; kantonsweit sind dies 3-4% auf Kosten der CVP.

Genf: Infolge der kantonalen Wahlhürde von sieben Prozent ist das Potenzial der Kleinparteien auch aufgrund der kantonalen Wahlen nur schwer festzustellen. Aufgrund der Grossratswahlen 1997 lässt sich der SD jedoch ein Potenzial von 2-3% (auf Kosten der SVP) zurechnen.

²⁴ Auch diese Resultate sind nicht unverzerrt – denn auch die kantonalen Wahlen unterliegen dem strategisch-psychologischen Effekt infolge unterschiedlicher Wahlkreisgrössen und Sperrklauseln. Allerdings sind dies gerade für kleine Kantone mit kleiner Sitzzahl im Nationalrat die verlässlichste Grundlage für eine Schätzung des potenziellen Wähleranteils. Ferner sind in kleinen Kantonen die institutionellen Restriktionen (und die daraus folgenden Stimmenverschiebungen) in der Regel geringer als bei den Nationalratswahlen. In anderen Fällen (wie zum Beispiel im Kanton Graubünden, wo die Nationalratswahlen proportional sind als die Grossratswahlen) werden die kantonalen Wahlergebnisse nicht berücksichtigt.

Jura: Bei den Grossratswahlen erzielt eine kommunistische Liste in Delsberg rund 10% der Stimmen, kantonsweit sind dies rund 5%, welche auf Kosten der SP gehen dürften. Die CSP, linke CVP-Abspaltung, erzielt Wähleranteile von rund 13-14% auf Kosten der CVP und der SP.

Luzern: Bei den Grossratswahlen 2003 tritt die CSP in drei von sechs Bezirken an und erzielt 0,7% bis 1,7%; kantonsweit sind dies rund 0,6% (auf Kosten der SP, diese konnte einzig in den entsprechenden Bezirken keine Stimmen zulegen).

Neuenburg: Die EDU erzielte bei den Grossratswahlen 2001 im Val de Travers 4,3% der Stimmen, kantonsweit sind dies rund 0.3% (am ehesten auf Kosten von SVP und LPS).

St. Gallen: Der LdU trat bei den Grossratswahlen 2000 in einem Wahlkreis an und erzielte 9% der Stimmen; kantonsweit sind dies jedoch lediglich 0,6% der Stimmen. Die Partei existierte zum Zeitpunkt der Nationalratswahlen 2003 in keinem anderen Kanton mehr. Deshalb dürfte eine solche Kandidatur auf nationaler Ebene hoffnungslos sein, am strategischen Effekt ändert sich daher nichts.

Tessin: Liberalsozialisten und PdA erzielten in den Grossratswahlen 2003 1% resp. 0.7% (auf Kosten der SP).

Wallis: Die EDU trat bei den Grossratswahlen 2001 in 3 Bezirken an; hatte dort ein Potenzial von rund 0,5-1%; kantonsweit gibt dies etwa 0,2% (auf Kosten der SVP). Die LPS trat bei den Grossratswahlen 1997 in fünf Unterwalliser Bezirken an und erreichte rund 4%-17% der Stimmen (kantonsweit 4,5%), 2001 nur in einem Bezirk (kantonsweit 1,2%). Ein Vergleich der Wählerstärken in den beiden Grossratswahlen und in den Nationalratswahlen 1999 ergibt ein konservativ geschätztes Potenzial von rund 2%. Die FDP verlor in den Nationalratswahlen 2003 überall dort, wo sie keine Stimmen von der LPS übernehmen konnte, deutlich Stimmen;²⁵ deshalb betrachte ich die LPS als Konkurrentin der FDP.

Zürich: Die CSP trat in den Grossratswahlen 2003 in der Stadt Zürich an, erreichte aber nur 0,2-1,0%; dies sind kantonsweit rund 0,1% (auf Kosten der SP).

Glarus, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen: In den Nationalratswahlen stark verzerrte Parteienkonkurrenz, deshalb werden die Ergebnisse der kantonalen Wahlen verwendet (vgl. Fussnote 17).

In den übrigen Kantonen zeigt der Vergleich der Wahlergebnisse keine strategischen Stimmenverschiebungen.

²⁵ Resultate der Nationalratswahlen 2003 nach Bezirken wurden dem Autor vom Bundesamt für Statistik zur Verfügung gestellt.

Anhang 3

Zuordnung der Listen zu nationalen Parteien

Für das biproportionale Verfahren müssen die kantonalen Wahllisten zu nationalen Listengruppen zusammengefasst werden. Die gewählte Zuordnung folgt weitgehend der Einteilung des Bundesamtes für Statistik (Seitz et al. 2003: 15f.). Tragen die Listen den Namen der nationalen Partei oder deren Jugendorganisation, so ist die Zuordnung problemlos.

Delikat sind die Zuordnungen der Christlichsozialen Listen und der verschiedenen grünen Gruppierungen. Analog dem Bundesamt für Statistik werden christlichsoziale Gruppierungen, die sich nicht von der CVP abgesetzt haben, der CVP zugerechnet. Als unabhängige Christlich-Soziale Partei gelten jedoch die Gruppierungen im Jura, in Freiburg, Zürich und Luzern. Im Kanton Graubünden, wo die Zugehörigkeit der CSP lange unklar war, existiert die Gruppierung nicht mehr, bei den Nationalratswahlen 2003 trat sie nicht mehr an.

Bei den Grünen unterscheidet das Bundesamt für Statistik die Zuordnung zu einer der beiden grünen Hauptströmungen, der Grünen Partei sowie der alternativen Grünen, zusammengefasst mit den feministischen Frauenlisten. Diesen werden jeweils alle Gruppen zugerechnet, die entweder Mitglied sind oder Beobachterstatus haben. Ich richte mich nach der Zuordnung des Bundesamtes (wobei sich einzelne Zugehörigkeiten, z.B. der Zuger SGA, rasch ändern könnten). Nicht zuletzt könnte die Einführung eines biproportionaleren Wahlverfahrens als Katalysator für eine klarere nationale Strukturierung mancher Parteien wirken. Die Tessiner Liberalsozialisten (bei den Nationalratswahlen 2003 nicht präsent, aber bei den kantonalen Wahlen erreichen sie rund 1% der Stimmen) werden dem Bündnis SolidaritéS zugeordnet, wobei eine nationale Zuordnung dieser Gruppe diskutabel sein dürfte.

Splitterlisten

In manchen Kantonen traten Listen unbekannter politischer Gruppierungen an, die meist nur marginale Stimmenanteile erzielten. Teilweise lancieren grosse Parteien solche Splitter-Listen, um zusätzliche Wählersegmente anzusprechen, und verbinden sie mittels Listenverbindungen mit der eigenen Liste (Lutz/Vatter 1999). Wo solche Splitter-Listen aufgrund der Listenverbindungen eindeutig einer Partei zuzuordnen sind, werden sie dieser zugerechnet, ansonsten nicht (Quelle für die Listenverbindungen: Seitz et al. 2003: 84ff.).

Aargau: Die Liste „Aktive Senioren für die Schweiz“ ist mit einer Listenverbindung mit SD und FPS zusammengeschlossen, aber es ist nicht erkenntlich, welcher der beiden Parteien die Liste am nächsten steht.

Bern: - Die „Partei Interessengemeinschaft Gesundheit (PIG)“ ist durch eine Listenverbindung mit SD und FPS verbunden. Der einzige Kandidat ist ehemaliges SD-Mitglied; die Liste ist am ehesten der SD zuzuordnen.

- Die „Liste romande (LR)“ hat sich aus rein wahrarithmetischen Überlegungen mit der CVP zusammengeschlossen, politisch kann sie keinesfalls der CVP zugeordnet werden.

Freiburg: Die Liste „Indépendant-Solidarité-Citoyenne“ kann keiner der vier in der linksgrünen Listenverbindung zusammengeschlossenen Parteien zugeordnet werden (würde sie einer der betreffenden Parteien besonders nahe stehen, wäre sie wahrscheinlich eine Unterlistenverbindung eingegangen).

Luzern: Die Liste „Aktive Seniorinnen und Senioren“ scheint ein Ausleger der SVP zu sein.

Zürich: - „ZüriLink – Soziale Liste – Die Gewerkschaften“ ist durch Unterlistenverbindung eindeutig der FGA zuzuordnen.

- „Europa Partei der Schweiz“, „Freies Forum“, „Die-Jugend.ch“ sind zwar in einer Listenverbindung mit CVP, EVP und GPS verbunden, doch sind diese Parteien sehr unterschiedlich ausgerichtet und es ist nicht erkennbar, welche Splittergruppe einer dieser drei Parteien nahe stehen könnte.

- „Junge ins Parlament!“ ist zwar in Listenverbindung mit EDU/SD/FPS verbunden, aber es ist nicht erkennbar, welcher der drei Parteien die Liste am nächsten steht.

In den übrigen Kantonen gab es keine durch Listenverbindungen verbundene Splitterlisten.

Anhang 4

BAZI-Outputs mit den Stimmzahlen und Resultaten

Modell 0%

Oberzuteilung

Partei	Wählerzahl*	DivStd
SVP	561879	54
SP	494171	47
FDP	367964	35
CVP	302553	29
GPS	156227	15
EVP	47839	5
LPS	45864	4
EDU	26589	3
SD	23042	2
PdA	14594	1
FGA	13784	1
Sol	10562	1
CSP	7539	1
Lega	7304	1
Sep	5522	1
Divisor		10500

Sitzzuteilung auf die Kantone auf Grundlage der Parteienstimmen

	Tot	SVP	SP	FDP	CVP	GPS	EVP	LPS	EDU
		DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd
	200	54 55	47 52	35 36	29 28	15 13	5 3	4 4	3 2
AG	15	772232 6 6	474727 3 3	342629 2 2	348639 2 2	114280 1 1	116864 1 1	0 0 0	0 0 0
AI	1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	3211 1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0
AR	1	6680 0 0	3468 0 0	7161 1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
BE	26	2180954 7 8	2058287 7 8	1089884 4 4	172657 1 1	683024 2 2	379099 2 1	0 0 0	301886 1 1
BL	7	144624 2 2	134620 2 2	108566 1 1	54769 1 1	68652 1 1	14554 0 0	0 0 0	0 0 0
BS	5	52574 1 1	115492 2 3	27975 1 1	18612 0 0	26005 1 0	8080 0 0	23873 0 0	2086 0 0
FR	7	107958 1 1	108437 2 2	64375 1 1	128056 2 2	20305 0 0	3606 0 0	0 0 0	3625 0 0
GE	11	198586 2 2	268703 3 3	79030 1 1	128317 1 1	121762 2 1	0 0 0	182517 1 2	0 0 0
GL	1	0 0 0	7597 1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
GR	5	81011 2 2	59615 1 1	37857 1 1	56290 1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	4486 0 0
JU	2	3669 0 0	15193 1 1	7235 0 0	17517 1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	794 0 0
LU	10	280566 3 3	130694 1 1	271153 2 2	345791 3 3	115076 1 1	9505 0 0	0 0 0	0 0 0
NE	5	57264 1 1	74522 1 2	37781 1 1	0 0 0	35231 1 1	0 0 0	36808 1 0	0 0 0
NW	1	0 0 0	0 0 0	11358 1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
OW	1	3238 0 0	0 0 0	0 0 0	6402 1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
SG	12	486421 4 4	270353 2 2	215599 2 2	326104 3 3	103868 1 1	22118 0 0	0 0 0	16457 0 0
SH	2	16565 1 0	23054 1 1	16923 0 1	1540 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
SO	7	120967 2 2	136667 2 2	129086 2 2	113193 1 1	32283 0 0	6445 0 0	0 0 0	0 0 0
SZ	4	72422 1 2	29134 1 1	25471 1 0	38891 1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
TG	6	151591 3 3	52080 1 1	43909 1 1	60764 1 1	29282 0 0	10020 0 0	0 0 0	7145 0 0
TI	8	55652 1 0	189428 2 2	218618 2 3	180320 2 2	21776 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
UR	1	3384 0 0	0 0 0	3964 1 1	0 0 0	3312 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
VD	18	567015 4 4	604820 4 4	515592 3 4	123878 1 0	315430 2 2	18365 0 0	308437 2 2	49255 1 0
VS	7	89834 1 1	128423 2 2	114911 1 1	322232 3 3	17442 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
ZG	3	28715 1 1	13929 0 0	23178 1 0	23730 1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
ZH	34	4103136 11 12	3153112 8 10	1995988 5 5	667236 2 2	1040672 3 3	504952 2 1	0 0 0	253322 1 1
isor		0.992674	0.99707	1.0297	1.08	0.95875	0.7	1.4372	0.68

Sitzzuteilung gemäss bisherigem Wahlrecht sind grau unterlegt. Sitzwechsel zwischen Parteien sind durch Kästen gekennzeichnet.

* Wählerzahl: Die Anzahl Stimmen pro Wählerin/Wähler variiert von Wahlkreis zu Wahlkreis, entsprechend der Anzahl zu vergebender Sitze. Deshalb werden die abgegebenen Stimmen in Wählerzahlen umgerechnet.

SD	PdA		FGA		Sol.		CSP		Lega		Sep		Divisor
	DivStd		DivStd		DivStd		DivStd		DivStd		DivStd		[DivStd]
	2	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	0
32175	0	0	0	0	18922	0	0	0	0	0	0	0	140000 AG
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4000 AI
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	13700 AR
260539	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	143561	302400 BE
14707	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	80000 BL
3122	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50000 BS
0	0	0	0	0	0	0	0	52773	1	1	0	0	72503.5 FR
0	0	0	29195	0	0	0	58903	1	1	0	0	0	84665 GE
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10000 GL
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50000 GR
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	20000 JU
4137	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	110000 LU
0	0	0	7652	0	0	0	5623	0	0	0	0	0	50000 NE
1313	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10000 NW
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10000 OW
11164	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	110000 SG
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	33000 SH
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	80000 SO
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	49000 SZ
10879	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	61083.8 TG
0	0	0	0	0	0	0	0	0	58428	1	1	0	100000 TI
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7000 UR
9675	0	0	187388	1	2	0	73483	0	0	0	0	0	143070 VD
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	85600 VS
0	0	0	0	0	14095	0	1	0	0	0	0	0	40000 ZG
106877	1	0	0	0	266063	1	0	0	0	0	0	0	372060 ZH
	0.5745		2		1		1.2		1		1	0.6	Div

Modell 3%

Oberzuteilung

Partei	Wählerzahl*	DivStd
SVP	561879	55
SP	494171	48
FDP	367964	36
CVP	302553	29
GPS	156227	15
EVP	47839	5
LPS	45864	4
EDU	26589	3
PdA	14594	1
FGA	13784	1
Sol	10562	1
CSP	7539	1
Lega	7304	1
Divisor		10300

Sitzzuteilung auf die Kantone auf Grundlage der Parteienstimmen

	Tot		SVP		SP		FDP		CVP		GPS		EVP		LPS		EDU								
		200	DivStd	55	DivStd	48	52	DivStd	36	36	DivStd	29	28	DivStd	15	13	DivStd	5	3	DivStd	4	4	DivStd	3	2
AG	15	772232	6	6	474727	3	3	342629	2	2	348639	2	2	114280	1	1	116864	1	1	0	0	0	0	0	0
AI	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3211	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AR	1	6680	0	0	3468	0	0	7161	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	26	2180954	8	8	2058287	7	8	1089884	4	4	172657	1	1	683024	2	2	379099	2	1	0	0	0	301886	2	1
BL	7	144624	2	2	134620	2	2	108566	1	1	54769	1	1	68652	1	1	14554	0	0	0	0	0	0	0	0
BS	5	52574	1	1	115492	2	3	27975	1	1	18612	0	0	26005	1	0	8080	0	0	23873	0	0	2086	0	0
FR	7	107958	1	1	108437	2	2	64375	1	1	128056	2	2	20305	0	0	3606	0	0	0	0	0	3625	0	0
GE	11	198586	2	2	268703	3	3	79030	1	1	128317	1	1	121762	2	1	0	0	182517	1	2	0	0	0	0
GL	1	0	0	0	7597	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
GR	5	81011	2	2	59615	1	1	37857	1	1	56290	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4486	0	0
JU	2	3669	0	0	15193	1	1	7235	0	0	17517	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	794	0	0
LU	10	280566	3	3	130694	1	1	271153	2	2	345791	3	3	115076	1	1	9505	0	0	0	0	0	0	0	0
NE	5	57264	1	1	74522	1	2	37781	1	1	0	0	0	35231	1	1	0	0	36808	1	0	0	0	0	0
NW	1	0	0	0	0	0	0	11358	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
OW	1	3238	0	0	0	0	0	0	0	0	6402	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SG	12	486421	4	4	270353	2	2	215599	2	2	326104	3	3	103868	1	1	22118	0	0	0	0	0	16457	0	0
SH	2	16565	1	0	23054	1	1	16923	0	1	1540	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SO	7	120967	2	2	136667	2	2	129086	2	2	113193	1	1	32283	0	0	6445	0	0	0	0	0	0	0	0
SZ	4	72422	1	2	29134	1	1	25471	1	0	38891	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TG	6	151591	3	3	52080	1	1	43909	1	1	60764	1	1	29282	0	0	10020	0	0	0	0	0	7145	0	0
TI	8	55652	1	0	189428	2	2	218618	2	3	180320	2	2	21776	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
UR	1	3384	0	0	0	0	0	3964	1	1	0	0	0	3312	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	18	567015	4	4	604820	4	4	515592	4	4	123878	1	0	315430	2	2	18365	0	0	308437	2	2	49255	0	0
VS	7	89834	1	1	128423	2	2	114911	1	1	322232	3	3	17442	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZG	3	28715	1	1	13929	0	0	23178	1	0	23730	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZH	34	4103136	11	12	3153112	9	10	1995988	5	5	667236	2	2	1040672	3	3	504952	2	1	0	0	0	253322	1	1
Divisor			0.987		0.98			1.016			1.08			0.9544			0.7			1.432			0.7		

PdA	FGA		Sol.		CSP		Lega		Divisor		[DivStd]	
	DivStd		DivStd		DivStd		DivStd		DivStd			
	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1		
	0	0	18922	0	0	0	0	0	0	0	140000	AG
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4000	AI
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14000	AR
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	287000	BE
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	80000	BL
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50000	BS
	0	0	0	0	0	0	52773	1	1	0	73000	FR
29195	0	0	0	0	58903	1	1	0	0	0	85000	GE
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10000	GL
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50000	GR
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	20000	JU
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	110000	LU
7652	0	0	0	0	5623	0	0	0	0	0	51000	NE
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10000	NW
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10000	OW
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	120000	SG
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	33400	SH
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	80000	SO
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50000	SZ
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	61400	TG
0	0	0	0	0	0	0	0	58428	1	1	100000	TI
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7000	UR
187388	1	2	0	0	73483	0	0	0	0	0	142000	VD
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	86000	VS
0	0	0	14095	0	0	0	0	0	0	0	40000	ZG
0	0	0	266063	1	0	0	0	0	0	0	370000	ZH
	2		1		1.2		1		1			Div

Modell 5%

Oberzuteilung

Partei	Wählerzahl*	DivStd
SVP	561879	55
SP	494171	49
FDP	367964	36
CVP	302553	30
GPS	156227	15
EVP	47839	5
LPS	45864	5
PdA	14594	1
FGA	13784	1
Sol	10562	1
CSP	7539	1
Lega	7304	1
Divisor		10160

Sitzzuteilung auf die Kantone auf Grundlage der Parteienstimmen

	Tot SVP		SP		FDP		CVP		GPS		EVP		LPS		PdA	
	DivStd	55 55	DivStd	49 52	DivStd	36 36	DivStd	30 28	DivStd	15 13	DivStd	5 3	DivStd	5 4	DivStd	1 2
AG	15	772232	5 6	474727	4 3	342629	2 2	348639	2 2	114280	1 1	116864	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0
AI	1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	3211	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
AR	1	6680	0 0 0	3468	0 0 0	7161	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
BE	26	2180954	8 8	2058287	8 8	1089884	4 4	172657	1 1	683024	3 2	379099	2 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0
BL	7	144624	2 2	134620	2 2	108566	1 1	54769	1 1	68652	1 1	14554	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
BS	5	52574	1 1	115492	2 3	27975	1 1	18612	0 0	26005	1 0	8080	0 0	23873	0 0	0 0 0
FR	7	107958	1 1	108437	2 2	64375	1 1	128056	2 2	20305	0 0	3606	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
GE	11	198586	2 2	268703	3 3	79030	1 1	128317	1 1	121762	1 1	0 0 0	0 0 0	182517	2 2	29195 0 0
GL	1	0 0 0	0 0 0	7597	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
GR	5	81011	2 2	59615	1 1	37857	1 1	56290	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
JU	2	3669	0 0	15193	1 1	7235	0 0	17517	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
LU	10	280566	3 3	130694	1 1	271153	2 2	345791	3 3	115076	1 1	9505	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
NE	5	57264	1 1	74522	1 2	37781	1 1	0 0 0	0 0 0	35231	1 1	0 0 0	0 0 0	36808	1 0	7652 0 0
NW	1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	11358	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
OW	1	3238	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	6402	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
SG	12	486421	4 4	270353	2 2	215599	2 2	326104	3 3	103868	1 1	22118	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
SH	2	16565	1 0	23054	1 1	16923	0 1	1540	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
SO	7	120967	2 2	136667	2 2	129086	2 2	113193	1 1	32283	0 0	6445	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
SZ	4	72422	1 2	29134	1 1	25471	1 0	38891	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
TG	6	151591	3 3	52080	1 1	43909	1 1	60764	1 1	29282	0 0	10020	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
TI	8	55652	1 0	189428	2 2	218618	2 3	180320	2 2	21776	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
UR	1	3384	0 0	0 0 0	0 0 0	3964	1 1	0 0 0	0 0 0	3312	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
VD	18	567015	4 4	604820	4 4	515592	4 4	123878	1 0	315430	2 2	18365	0 0	308437	2 2	187388 1 2
VS	7	89834	1 1	128423	1 2	114911	1 1	322232	4 3	17442	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
ZG	3	28715	1 1	13929	0 0	23178	1 0	23730	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
ZH	34	4103136	12 12	3153112	9 10	1995988	5 5	667236	2 2	1040672	3 3	504952	2 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0
Divisor		0.997		0.96		1.02		1		1		0.8		1		2

FGA	Sol.		CSP		Lega		Divisor				
	DivStd	1	DivStd	1	DivStd	1	DivStd	1			
18922	0	0	0	0	0	0	0	0	141000	AG	
	0	0	0	0	0	0	0	0	4000	AI	
	0	0	0	0	0	0	0	0	14000	AR	
	0	0	0	0	0	0	0	0	270000	BE	
	0	0	0	0	0	0	0	0	80000	BL	
	0	0	0	0	0	0	0	0	50000	BS	
	0	0	0	0	52773	1	1	0	74000	FR	
	0	0	58903	1	1	0	0	0	100000	GE	
	0	0	0	0	0	0	0	0	10000	GL	
	0	0	0	0	0	0	0	0	50000	GR	
	0	0	0	0	0	0	0	0	20000	JU	
	0	0	0	0	0	0	0	0	110000	LU	
	0	0	5623	0	0	0	0	0	60000	NE	
	0	0	0	0	0	0	0	0	10000	NW	
	0	0	0	0	0	0	0	0	10000	OW	
	0	0	0	0	0	0	0	0	120000	SG	
	0	0	0	0	0	0	0	0	33200	SH	
	0	0	0	0	0	0	0	0	80000	SO	
	0	0	0	0	0	0	0	0	49000	SZ	
	0	0	0	0	0	0	0	0	60000	TG	
	0	0	0	0	0	0	58428	1	1	100000	TI
	0	0	0	0	0	0	0	0	7000	UR	
	0	0	73483	0	0	0	0	0	142000	VD	
	0	0	0	0	0	0	0	0	90000	VS	
14095	0	1	0	0	0	0	0	0	40000	ZG	
266063	1	0	0	0	0	0	0	0	357000	ZH	
	1		1.1		1		1			Div	

SD	PdA		FGA		Sol.		CSP		Lega		Sep		Divisor
	DivStd		DivStd		DivStd		DivStd		DivStd		DivStd		[DivStd]
	2 1		1 2		1 1		1 1		1 1		1 1		1 0
32175	0 0		0 0 0		18922	0 0	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
260539	2 1		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		143561 1 0
14707	0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
3122	0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		52773 1 1		0 0 0		0 0 0
0 0 0			29195 0 0		0 0 0		58903 1 1		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
4137	0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			7652 0 0		0 0 0		5623 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
11164	0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		1158 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
10879	0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		58428 1 1		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
9675	0 0		187388 1 2		0 0 0		73483 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
0 0 0			0 0 0		14095 0 1		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
106877	0 0		0 0 0		266063 1 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0
	0.58		2		1		1.2		1		1		0.6
													Div

140000	AG
4000	AI
14000	AR
299000	BE
80000	BL
50000	BS
73400	FR
85460	GE
6000	GL
50000	GR
20000	JU
110000	LU
51000	NE
8000	NW
6000	OW
111000	SG
30000	SH
80000	SO
49500	SZ
61680	TG
100000	TI
7000	UR
144300	VD
80000	VS
30000	ZG
370000	ZH

PdA	FGA		Sol.		CSP		Lega		Divisor		[DivStd]	
	DivStd 1 2		DivStd 1 1		DivStd 1 1		DivStd 1 1		DivStd 1 1			
	0 0 0	18922	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		140000	AG
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		4000	AI
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		13800	AR
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		290600	BE
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		80000	BL
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		50000	BS
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		52773 1 1		0 0 0		74000	FR
29195	0 0 0		0 0 0		58903 1 1		0 0 0		0 0 0		86000	GE
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		6000	GL
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		50000	GR
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		20000	JU
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		110000	LU
7652	0 0 0		0 0 0		5623 0 0		0 0 0		0 0 0		52000	NE
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		8000	NW
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		7000	OW
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		120000	SG
	0 0 0	1158	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		30000	SH
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		80000	SO
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		49350	SZ
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		62100	TG
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		58428 1 1		100000	TI
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		7400	UR
187388	1 2		0 0 0		73483 0 0		0 0 0		0 0 0		142500	VD
	0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		88000	VS
	0 0 0	14095	0 1		0 0 0		0 0 0		0 0 0		40000	ZG
	0 0 0	266063	1 0		0 0 0		0 0 0		0 0 0		370000	ZH
	2		1		1.2		1		1			Div

FGA	Sol.		CSP		Lega		Divisor		[DivStd]		
	DivStd		DivStd		DivStd		DivStd				
	1	1	1	1	1	1	1	1			
18922	0	0	0	0	0	0	0	0	142000	AG	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	4000	AI	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	14000	AR	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	270000	BE	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	80000	BL	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	50000	BS	
0	0	0	0	0	52773	1	1	0	74000	FR	
0	0	0	58903	1	1	0	0	0	85690	GE	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	6000	GL	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	50000	GR	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	20000	JU	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	110000	LU	
0	0	0	5623	0	0	0	0	0	51700	NE	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	8000	NW	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	7000	OW	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	120000	SG	
1158	0	0	0	0	0	0	0	0	30000	SH	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	80000	SO	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	50000	SZ	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	61840	TG	
0	0	0	0	0	0	0	58428	1	1	100000	TI
0	0	0	0	0	0	0	0	0	7000	UR	
0	0	0	73483	0	0	0	0	0	140000	VD	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	88000	VS	
14095	0	1	0	0	0	0	0	0	40000	ZG	
266063	1	0	0	0	0	0	0	0	360000	ZH	
	1		1.2		1		1			Div	

Modell Kantonale Wahlen - 0%

Oberzuteilung

Partei	Wählerzahl*	DivStd
SVP	563443	54
SP	478683	45
FDP	360199	34
CVP	302326	29
GPS	161547	15
EVP	47899	5
LPS	47370	5
EDU	28458	3
SD	24195	2
PdA	17193	2
FGA	14363	1
CSP	11603	1
Sol	11479	1
Lega	7304	1
DSP	5910	1
Sep	5522	1

Divisor 10524

Sitzzuteilung auf die Kantone auf Grundlage der Parteienstimmen

	Tot SVP		SP		FDP		CVP		GPS		EVP		LPS		EDU		
		DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	DivStd	
	200	54 55	45 52	34 36	29 28	15 13	5 3	5 4	3 2								
AG	15	772232	6 6	474727	3 3	342629	2 2	326290	2 2	114280	1 1	116864	1 1	0 0	0 0	22349	0 0
AI	1	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	3211	1 1	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
AR	1	6680	0 0	3468	0 0	7161	1 1	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
BE	26	2180954	7 8	2058287	6 8	1089884	4 4	172657	1 1	683024	2 2	379099	2 1	0 0	0 0	301886	2 1
BL	7	144624	2 2	134620	2 2	108566	1 1	54769	1 1	68652	1 1	14554	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
BS	5	50881	1 1	102791	2 3	26282	0 1	16919	0 0	26005	1 0	6387	0 0	22180	0 0	2086	0 0
FR	7	107958	2 1	108437	2 2	64375	1 1	110394	1 2	20305	0 0	3606	0 0	0 0	0 0	3625	0 0
GE	11	171455	2 2	268703	3 3	79030	1 1	128317	1 1	121762	1 1	0 0	0 0	182517	2 2	0 0	0 0
GL	1	2931	0 0	2037	0 1	3373	1 0	1811	0 0	826	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	34	0 0
GR	5	81011	2 2	59615	1 1	37857	1 1	56290	1 1	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	4486	0 0
JU	2	3669	0 0	9975	1 1	7235	0 0	14519	1 1	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	794	0 0
LU	10	280566	3 3	123642	1 1	271153	2 2	345791	3 3	115076	1 1	9505	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
NE	5	56882	1 1	74522	1 2	37781	1 1	0 0	0 0	35231	1 1	0 0	0 0	36426	1 0	765	0 0
NW	1	1595	0 0	0 0	0 0	3950	0 1	4788	1 0	2117	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
OW	1	1294	0 0	1474	0 0	2018	0 0	4855	1 1	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
SG	12	486421	4 4	270353	2 2	215599	2 2	326104	3 3	103868	1 1	22118	0 0	0 0	0 0	16457	0 0
SH	2	20678	1 0	15802	1 1	9951	0 1	2682	0 0	4753	0 0	798	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
SO	7	120967	2 2	136667	2 2	129086	2 2	113193	1 1	32283	0 0	6445	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
SZ	4	72422	1 2	29134	1 1	25471	1 0	38891	1 1	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
TG	6	151591	2 3	52080	1 1	43909	1 1	60764	1 1	29282	1 0	10020	0 0	0 0	0 0	7145	0 0
TI	8	55652	1 0	176954	2 2	218618	2 3	180320	2 2	21776	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
UR	1	3384	0 0	0 0	0 0	3964	1 1	0 0	0 0	3312	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
VD	18	567015	4 4	604820	4 4	515592	3 4	123878	1 0	315430	2 2	18365	0 0	308437	2 2	49255	0 0
VS	7	88488	1 1	128423	2 2	101454	1 1	322232	3 3	17442	0 0	0 0	0 0	13457	0 0	1346	0 0
ZG	3	28715	1 1	13929	0 0	23178	1 0	23730	1 1	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
ZH	34	4103136	11 12	3140824	8 10	1995988	5 5	667236	2 2	1040672	3 3	504952	2 1	0 0	0 0	253322	1 1
Divisor		1.008		1.03		1.01		1.12		0.96		0.7		1		0.65	

Modell Kantonale Wahlen - 3%

Oberzuteilung

Partei	Wählerzahl*	DivStd
SVP	563443	54
SP	478683	46
FDP	360199	35
CVP	302326	29
GPS	161547	16
EVP	47899	5
LPS	47370	5
EDU	28458	3
PdA	17193	2
FGA	14363	1
CSP	11603	1
Sol	11479	1
Lega	7304	1
DSP	5910	1

Divisor 10400

Sitzzuteilung auf die Kantone auf Grundlage der Parteienstimmen

	Tot	SVP		SP		FDP		CVP		GPS		EVP		LPS		EDU									
		DivStd	54	55	DivStd	46	52	DivStd	35	36	DivStd	29	28	DivStd	16	13	DivStd	5	3	DivStd	3	2			
AG	15	772232	6	6	474727	3	3	342629	2	2	326290	2	2	114280	1	1	116864	1	1	0	0	0	22349	0	0
AI	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3211	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AR	1	6680	0	0	3468	0	0	7161	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	26	2180954	7	8	2058287	7	8	1089884	4	4	172657	1	1	683024	3	2	379099	2	1	0	0	0	301886	2	1
BL	7	144624	2	2	134620	2	2	108566	1	1	54769	1	1	68652	1	1	14554	0	0	0	0	0	0	0	0
BS	5	50881	1	1	102791	2	3	26282	0	1	16919	0	0	26005	1	0	6387	0	0	22180	0	0	2086	0	0
FR	7	107958	2	1	108437	2	2	64375	1	1	110394	1	2	20305	0	0	3606	0	0	0	0	0	3625	0	0
GE	11	171455	2	2	268703	3	3	79030	1	1	128317	1	1	121762	1	1	0	0	0	182517	2	2	0	0	0
GL	1	2931	0	0	2037	0	1	3373	1	0	1811	0	0	826	0	0	0	0	0	0	0	0	34	0	0
GR	5	81011	2	2	59615	1	1	37857	1	1	56290	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4486	0	0
JU	2	3669	0	0	9975	1	1	7235	0	0	14519	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	794	0	0
LU	10	280566	3	3	123642	1	1	271153	2	2	345791	3	3	115076	1	1	9505	0	0	0	0	0	0	0	0
NE	5	56882	1	1	74522	1	2	37781	1	1	0	0	0	35231	1	1	0	0	0	36426	1	0	765	0	0
NW	1	1595	0	0	0	0	0	3950	0	1	4788	1	0	2117	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
OW	1	1294	0	0	1474	0	0	2018	0	0	4855	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SG	12	486421	4	4	270353	2	2	215599	2	2	326104	3	3	103868	1	1	22118	0	0	0	0	0	16457	0	0
SH	2	20678	1	0	15802	1	1	9951	0	1	2682	0	0	4753	0	0	798	0	0	0	0	0	0	0	0
SO	7	120967	2	2	136667	2	2	129086	2	2	113193	1	1	32283	0	0	6445	0	0	0	0	0	0	0	0
SZ	4	72422	1	2	29134	1	1	25471	1	0	38891	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TG	6	151591	2	3	52080	1	1	43909	1	1	60764	1	1	29282	1	0	10020	0	0	0	0	0	7145	0	0
TI	8	55652	1	0	176954	2	2	218618	2	3	180320	2	2	21776	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
UR	1	3384	0	0	0	0	0	3964	1	1	0	0	0	3312	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	18	567015	4	4	604820	4	4	515592	3	4	123878	1	0	315430	2	2	18365	0	0	308437	2	2	49255	0	0
VS	7	88488	1	1	128423	2	2	101454	1	1	322232	3	3	17442	0	0	0	0	0	13457	0	0	1346	0	0
ZG	3	28715	1	1	13929	0	0	23178	1	0	23730	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZH	34	4103136	11	12	3140824	8	10	1995988	6	5	667236	2	2	1040672	3	3	504952	2	1	0	0	0	253322	1	1
Divisor			1.015		1.02		1		1.15		0.95		0.7		1		0.7		1		0.7				

PdA	FGA		CSP		Sol.		Lega		DSP		Divisor		
	DivStd		DivStd		DivStd		DivStd		DivStd		DivStd	[DivStd]	
	0 0 0	18922	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	1 0	138000	AG
	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	4000	AI
	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	14000	AR
	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	287000	BE
	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	80000	BL
4234	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	16935	1 0	54000	BS
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	52773	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	17662	0 0	70000	FR
29195	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	58903	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	100000	GE
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	6000	GL
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	50000	GR
2220	0 0 0	0 0 0	0 0 0	5995	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	17000	JU
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	7052	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	110000	LU
7652	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	5623	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	60000	NE
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	8000	NW
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	6000	OW
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	110000	SG
0	0 0 0	1158	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	30000	SH
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	70000	SO
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	50000	SZ
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	60000	TG
5136	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	7337	0 0	58428	1 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	100000	TI
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	7000	UR
187388	2 2	0 0 0	0 0 0	0 0 0	73483	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	150000	VD
0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	82000	VS
0	0 0 0	14095	0 1	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	30000	ZG
0	0 0 0	266063	1 0	12288	0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	362600	ZH
	0.7		1		1		1		1		0.6		Div

Modell Kantonale Wahlen - 5%

Oberzuteilung

Partei	Wählerzahl*	DivStd
SVP	563443	55
SP	478683	47
FDP	360199	35
CVP	302326	30
GPS	161547	16
EVP	47899	5
LPS	47370	5
PdA	17193	2
FGA	14363	1
CSP	11603	1
Sol	11479	1
Lega	7304	1
DSP	5910	1

Divisor 10200

Sitzzuteilung auf die Kantone auf Grundlage der Parteienstimmen

	Tot		SVP		SP		FDP		CVP		GPS		EVP		LPS		PdA							
		200	DivStd	55	55	DivStd	47	52	DivStd	35	36	DivStd	30	28	DivStd	16	13	DivStd	5	4	DivStd	2	2	
AG	15	772232	6	6	474727	3	3	342629	2	2	326290	2	2	114280	1	1	116864	1	1	0	0	0	0	0
AI	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3211	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
AR	1	6680	0	0	3468	0	0	7161	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	26	2180954	8	8	2058287	8	8	1089884	4	4	172657	1	1	683024	3	2	379099	2	1	0	0	0	0	0
BL	7	144624	2	2	134620	2	2	108566	1	1	54769	1	1	68652	1	1	14554	0	0	0	0	0	0	0
BS	5	50881	1	1	102791	2	3	26282	0	1	16919	0	0	26005	1	0	6387	0	0	22180	0	0	4234	0
FR	7	107958	2	1	108437	2	2	64375	1	1	110394	1	2	20305	0	0	3606	0	0	0	0	0	0	0
GE	11	171455	2	2	268703	3	3	79030	1	1	128317	1	1	121762	1	1	0	0	0	182517	2	2	29195	0
GL	1	2931	0	0	2037	0	1	3373	1	0	1811	0	0	826	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
GR	5	81011	2	2	59615	1	1	37857	1	1	56290	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
JU	2	3669	0	0	9975	1	1	7235	0	0	14519	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2220	0
LU	10	280566	3	3	123642	1	1	271153	2	2	345791	3	3	115076	1	1	9505	0	0	0	0	0	0	0
NE	5	56882	1	1	74522	1	2	37781	1	1	0	0	0	35231	1	1	0	0	0	36426	1	0	7652	0
NW	1	1595	0	0	0	0	0	3950	0	1	4788	1	0	2117	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
OW	1	1294	0	0	1474	0	0	2018	0	0	4855	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SG	12	486421	4	4	270353	2	2	215599	2	2	326104	3	3	103868	1	1	22118	0	0	0	0	0	0	0
SH	2	20678	1	0	15802	1	1	9951	0	1	2682	0	0	4753	0	0	798	0	0	0	0	0	0	0
SO	7	120967	2	2	136667	2	2	129086	2	2	113193	1	1	32283	0	0	6445	0	0	0	0	0	0	0
SZ	4	72422	1	2	29134	1	1	25471	1	0	38891	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TG	6	151591	2	3	52080	1	1	43909	1	1	60764	1	1	29282	1	0	10020	0	0	0	0	0	0	0
TI	8	55652	1	0	176954	2	2	218618	2	3	180320	2	2	21776	0	0	0	0	0	0	0	0	5136	0
UR	1	3384	0	0	0	0	0	3964	1	1	0	0	0	3312	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	18	567015	4	4	604820	4	4	515592	3	4	123878	1	0	315430	2	2	18365	0	0	308437	2	2	187388	2
VS	7	88488	1	1	128423	1	2	101454	1	1	322232	4	3	17442	0	0	0	0	0	13457	0	0	0	0
ZG	3	28715	1	1	13929	0	0	23178	1	0	23730	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZH	34	4103136	11	12	3140824	9	10	1995988	6	5	667236	2	2	1040672	3	3	504952	2	1	0	0	0	0	0
Divisor			1.006		1		1.01		1.05		0.96		0.8		1		0.7							

FGA	CSP		Sol.		Lega		DSP		Divisor			
	DivStd		DivStd		DivStd		DivStd		DivStd	[DivStd]		
	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0		
18922	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	138000	AG
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4000	AI
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14000	AR
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	260000	BE
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	80000	BL
	0	0	0	0	0	0	0	0	16935	1	53000	BS
	0	0	52773	1	1	0	0	0	17662	0	71000	FR
	0	0	0	0	58903	1	1	0	0	0	100000	GE
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6000	GL
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50000	GR
	0	0	5995	0	0	0	0	0	0	0	17000	JU
	0	0	7052	0	0	0	0	0	0	0	110000	LU
	0	0	0	0	5623	0	0	0	0	0	60000	NE
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8000	NW
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7000	OW
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	120000	SG
1158	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	30000	SH
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	80000	SO
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50000	SZ
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	61000	TG
	0	0	0	0	7337	0	0	58428	1	1	100000	TI
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7000	UR
	0	0	0	0	73483	0	0	0	0	0	150000	VD
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	87000	VS
14095	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	40000	ZG
266063	1	0	12288	0	0	0	0	0	0	0	357000	ZH
	1		1		1		1		0.6			Div